der NRW tip

1958

260 CHR

MF 6260 CHR
60041450-3

der NRW tip

Hinweise und Belege für die Landtagswahl
in Nordrhein-Westfalen

am 6. Juli 1958

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
- Bibliothek -
IBK / IFK / IiS / SFK / PAE / ACD
Inventar-Nr. 60041450

Herausgeber: Die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen,
Geschäftsstelle Düsseldorf

Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wirft ihre Schatten voraus. Die durch ein parlamentarisches Ränkespiel vor zweieinhalb Jahren an die Macht gelangte SPD/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen versucht mit allen Mitteln, ihre Stellungen zu behaupten. Da ihre Wahlmanager mit landespolitischen Leistungen der Sozialdemokratie und der „Düsseldorfer Rebellen-FDP" nicht aufzuwarten vermögen, verlagern sie ihre verkrampfte Agitation auf bundespolitische, wehrpolitische und weltpolitische Probleme.

Sie verraten dabei die gleiche Unkenntnis und Unsicherheit, die gleichen Widersprüche und Folgewidrigkeiten wie auf dem Gebiete der Landespolitik. Diese aber steht zur Debatte. Die Wähler und Wählerinnen von Nordrhein-Westfalen lassen sich nicht mit radikalen Sprüchen abspeisen. Sie wollen keine Experimente, keine Abenteuer, keine Rebellion, keine leeren Versprechungen. Sie wollen wieder eine saubere, sparsame, zielbewußte Landespolitik und Landesregierung. Die SPD, im Bunde mit einer innerlich gespaltenen FDP Düsseldorfer Prägung, hat ihre Bewährungsprobe nicht bestanden. Die Leistungen der Christlich-Demokratischen Union und ihrer Regierungen in Nordrhein-Westfalen überragen haushoch die ungeschickten wie kostspieligen Versuche der Liberalsozialisten, unsere nordrhein-westfälische Heimat, das große Industrie- und Kulturland an Rhein, Ruhr und Lippe, zu regieren und zu verwalten.

Diese Blätter erbringen dafür den Beweis. Es ist nur ein Ausschnitt aus dem großen Bereich der Landespolitik, ein Abriß mit Beispielen, Belegen und Hinweisen, die eine deutliche Sprache sprechen. SPD und FDP versagten in Nordrhein-Westfalen. Jetzt verlegen sie sich auf Ausflüchte und Ablenkungsmanöver. Jetzt versuchen sie es mit Verdrehungskünsten und Schönfärbereien, mit Drohungen und Schreckgespenstern. Sie sind aber längst an ihren „Taten" erkannt.

Die CDU kann der Agitation entraten. Sie wartet mit Tatsachen auf. Und die Stimme der Tatsachen wird die Frauen und Männer, die Alten und die Jungen in Nordrhein-Westfalen überzeugen. Die Heimat ruft uns zu: nur C D U!

INHALT

A. Allgemeines

B. Verwaltung und Polizei

C. Finanzen und Haushaltsplan

D. Landwirtschaft und Ernährung

E. Wirtschaft und Verkehr

F. Bildungswesen und Jugendpflege

G. Rechtspflege

H. Wiederaufbau und Flüchtlingshilfe

J. Arbeitsschutz und Gesundheitswesen

K. Schlagwort-Verzeichnis

L. Nachträge

A. Allgemeines

I. Dr. E. h. Karl Arnold
II. Atompsychose
III. Briefwahl
IV. Bundesrat
V. Finanzausgleich
VI. Föderalismus
VII. NATO
VIII. Preise — Löhne — Streiks
IX. Regierungserklärung Steinhoff
X. Regierungssturz 1956
XI. UNO
XII. Wahlgesetz-Änderung
XIII. Zentrum

Karl Arnold

Was Arnold für das Land Nordrhein-Westfalen in neunjähriger Regierungszeit getan hat, geht aus jedem Blatt dieses landespolitischen Abrisses eindeutig hervor. Wie unberechtigt das parlamentarische Ränkespiel der FDP und SPD Anfang 1956 war, wird in neuer Sicht erhellt.

Als die Aachener Technische Hochschule dem ehemaligen Ministerpräsidenten Karl Arnold zu Beginn des Sommersemesters 1956 die Würde eines Ehrendoktors der Ingenieurwissenschaft verlieh, erwähnte die akademische Lobrede unter vielen anderen diese hervorragenden Eigenschaften und Verdienste des Menschen und Politikers:

Neun Jahre trug dieser Mann die ganze Bürde und Verantwortung eines zielbewußten Wiederaufbaues in Nordrhein-Westfalen.

Aus eigener Arbeit im Betrieb, im Gesellenverein und in der Gewerkschaft hat Arnold die Bedeutung der Geistes- und Naturwissenschaften für die arbeitenden Menschen und einen ihrer würdigen Lebensstandard erkannt.

Karl Arnold trug wesentlich zur Überwindung des Gegensatzes zwischen dem Eigentum und den Menschen bei, die von ihrer Arbeit leben müssen. Im großen Industrie- und Kulturland Nordrhein-Westfalen verkörpert Arnold den Willen zum Sozialen.

„Der Sozialismus ist unvereinbar mit dem Ziele der Freiheit, er ist keine Kraft unserer Zeit."

„Die FDP stürzte in Nordrhein-Westfalen die Landesregierung, um endlich mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen zu können."

„Es handelt sich bei den Düsseldorfer Regierungsstürzlern um bedenkenlose Techniker der Macht."

KARL ARNOLD

Atompsychose

Es ist unser Schicksal, im Atomzeitalter zu leben. Wir können es nicht verhindern, daß die beiden Weltmächte — die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika — mit Atomwaffen gerüstet sind. Tödlich wäre der Gedanke, wenn sich diese furchtbaren Vernichtungswaffen nur in den Händen der Kreml-Strategen und des von ihnen gelenkten Ostblockes befänden. Es kann uns im Westen nur beruhigen, zu wissen, daß die Vereinigten Staaten und mit ihnen die Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) über gleich starke modernste Abwehr-Waffen verfügen. Aber der Westen will die Atomkriegsfurcht und jegliche Kriegsgefahr radikal bannen, indem er eine vollständige Abrüstung, zumal eine Abrüstung aller nuklearen Waffen, Bomben und Raketen fordert. Diese Abrüstung muß aber kontrolliert werden. Deshalb bestehen USA und NATO auf allgemeiner, also zweiseitiger kontrollierter Abrüstung. Moskau zögert und macht Einwände. Moskau macht Ausflüchte, droht, klagt an — aber der Westen bleibt unbeirrbar, er will verhandeln, er will den Frieden, er will der Menschheit die Furcht nehmen. Er läßt sich die Hoffnung nicht rauben, daß Rußland endlich einlenken und zur kontrollierten Abrüstung ja sagen wird.

Die Bundesrepublik ist Mitglied des NATO-Verteidigungsbündnisses. Auch die SPD hat die Aufstellung der Bundeswehr gebilligt. Gerade SPD-Politiker waren es, die im ersten Stadium der Bewaffnung unserer jungen Truppe darauf bestanden, daß sie nicht nur mit altmodischen amerikanischen Waffen ausgerüstet würde.

Laut Vertrag hat die Bundeswehr der NATO Divisionen zur Verfügung zu stellen. Diese Divisionen sollen natürlich gut, stark, ebenbürtig ausgerüstet sein. Ihrer Bewaffnung mit Atomgeschützen hat die Mehrheit des vom Volk gewählten Bundestages zugestimmt. Aber die Atombewaffnung des Bundesheeres ist erst geplant. Zwei Jahre wird es dauern, bis diese moderne Bewaffnung verwirklicht sein wird. Vor Ablauf dieser zwei Jahre aber gehen die westlichen Bemühungen um eine wirk-

same Abrüstung, um eine Ausschaltung aller atomaren Waffen weiter. Es braucht also zu einer solchen Ausrüstung bundesdeutscher NATO-Divisionen gar nicht zu kommen. Es ist nur an den äußersten Fall gedacht, an den Fall, daß die Sowjetunion, von ihren Sputnik-Erfolgen berauscht, NJET zu allen Abrüstungsvorschlägen sagt. Atomraketen bedrohen nicht nur von Rußland aus ganz Westeuropa. Sowjetische Abschußrampen befinden sich nach den jüngsten Berichten aus Norwegen und Oesterreich auch in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und Albanien, vielleicht auch in der Ostzone. Ist es ein Wunder, wenn da die NATO-Mitgliedsstaaten auf dem westeuropäischen Festland an die gleichwertige Modernisierung ihrer militärischen Abwehr denken? Diese Frage führt zur zweiten: Warum wendet sich ausgerechnet die Sozialdemokratie gegen eine solche Bewaffnung? Warum hat sie das traurige Geschäft mit der Atomkriegsangst gestartet? Warum will sie die Volksbefragung „Willst du den Atomtod?" — allen verfassungsrechtlichen Bedenken zum Trotz — über die Bühne rollen lassen?

Warum alarmiert sie die Straße? Warum stiftet sie Unruhe, quält und ängstigt die Gemüter, droht mit dem Generalstreik und schreitet — da im Bunde ein solches Wahnsinns-Plebiszit unmöglich ist — zu Einzelaktionen in den Städten, in den Stadtstaaten, in den Ländern?

Sie will auf diese Weise an die Macht, sagen die einen. Die SPD habe ihre dreimalige Wahlniederlage noch immer nicht verwinden können. Da sie mit ihren Reformen innerhalb der Partei keinen Erfolg habe, da sie noch immer keine handfesten außenpolitischen Gegenvorschläge habe vorbringen können, da ihr Sozialprogramm so gut wie erschöpft sei, — deshalb versuche sie es nun mit der Verbreitung der Atom-Angst. So sagen die einen. Andere behaupten, die SPD befinde sich in guter internationaler Gesellschaft. Sie sei guten Glaubens. Sie glaube an die Friedens- und Abrüstungsbereitschaft der Sowjets. Das ist die Ansicht der anderen. Wie ist es in Wirklichkeit?

Es fällt auf, daß die sozialdemokratischen Parolen wider die westeuropäische und westdeutsche Atombewaffnung haargenau

den von Moskau und von Pankow ausgegebenen Losungen gleichen, ja mit ihnen meist identisch sind. *) Es fällt auf, daß plötzliche bolschewistenfreundliche Argumente, die von wenigen ausländischen Intellektuellen vorgetragen worden sind, gerade im Kreise der westdeutschen Sozialdemokratie und zumal am linken Flügel der SPD, bei Wehner und Heinemann, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Bei Wehner, dem einstigen Kommunisten, nimmt es nicht wunder. Ueber Heinemann, der im sanften pastoralen Ton die ungeheuerlichsten Reverenzen vor dem Bolschewismus macht, schüttelt man den Kopf; er verließ das christliche Lager, trat in eine bürgerliche Splitterpartei über und landete schließlich bei Ollenhauers und Carlo Schmids Partei. Er ist der Typ des rast- und ratlosen Illusionisten.

Wer aber hat diese Begriffsverwirrung hervorgerufen? Warum machte sie sich gerade in der Bundesrepublik bemerkbar, während die Sozialisten in Italien, in Skandinavien und auch in England von dieser tödlichen Resignation und von diesem selbstmörderischen Geist der Kapitulation so gut wie verschont blieben?

Ein sehr umstrittener englischer Kulturphilosoph, der 86jährige Bertrand Russell, versucht hin und wieder seine Zeitgenossen mit zynischen, paradoxen und radikalen Ansichten zu schokkieren. Leider läßt er dabei die Altersweisheit und den Witz eines Bernard Shaw vermissen. Nun, dieser Russell erfand vor einem Jahr die simple Alternative: „Es kommen für Europa nur die bolschewistische Diktatur oder — der Atomtod in Frage." Und dieser Mann gab der Knechtschaft unter dem Kommunismus den Vorzug und vertröstete die entsetzte Welt mit dem freundlichen Hinweis, die Bolschewisten-Tyrannei, die auf eine Kapitulation des Westens folge, werde höchstens ein paar Jahrzehnte währen ...

*) Bischof D. Wilhelm Halfmann, Kiel, erklärte am 5. Mai 1958 zu den Ergebnissen der Gesamtdeutschen Synode der Evangelischen Kirche: „Unter starkem östlichen Druck wurde der Synode die Atomfrage aufgezwungen." Der Bischof erinnerte an die gegen die Bewaffnung der Bundeswehr gerichtete Agitation und erklärte, daß Argumente vorgebracht wurden, die von der Pankower Politik gefordert werden.

Und dann grinst dieser Mephisto ob seines Bonmots. Aber nun geschah es: ausgerechnet einigen deutschen gelehrten oder ungelehrten Russell-Schülern blieb es vorbehalten, das zynische Wort nach altem, ach so deutschem Brauch auf die Goldwaage zu legen und ins Extreme umzumodeln. Sie formulierten schließlich: „Lieber rot als tot!" Sie überrussellten damit den Russell und erregten in Moskau ein frenetisches Freudengeheul. *)

Weder rot noch tot, sondern Freiheit und Friede! lautet die Parole der Vernunft.

Wer sind diese Russellschen Atom-Psychopathen? Es sind gutgläubige Illusionisten, kurzsichtige Politiker, unpolitische Gemüter, weltfremde Neutralisten. Es sind aber auch liberalsozialistische Oppositionsstrategen darunter, gewissenlose parteipolitische Geschäftemacher, Manager der Macht, überhebliche Renegaten, Giftmischer der öffentlichen Meinung. Allen gemein ist ein verschwommener Liberalismus, der mit dem sinnlosen Gedanken spielt: die russische Atomgewalt ist unüberwindlich, wir müssen uns ihr beugen. Ohne es vielleicht zu wissen, leugnen diese Russell-Schüler zwei Grundbegriffe der Demokratie und der Humanität: die Freiheit und den Frieden. **Der Genfer Professor Wilhelm Röpke antwortete ihnen kürzlich: „Diese Art von Liberalismus gibt sich nicht Rechenschaft darüber, daß er damit einen Akt des Verrates, des Selbstmordes — und der Dummheit begeht ..."**

Diese Antwort ist an die Agitatoren gerichtet, die in einer Mischung von Naivität und Hysterie vor dem extremen Sowjetmilitarismus die Waffen, die überhaupt noch nicht da sind, im

*) Sieben führende katholische Moraltheologen, unter ihnen Prof. Höffner, Münster, und Prof. Hirschmann, Frankfurt/M., veröffentlichten Anfang Mai eine gemeinsame Erklärung zur Frage der atomaren Rüstung; es heißt darin u. a.: „Die stärkste Gefährdung des Friedens in der heutigen Welt ist doch das Bestehen einer mit den modernsten Kampfmitteln ausgerüsteten Macht, die den Sieg ihrer atheistischen Weltanschauung als zwangsläufige Folge der geschichtlichen Entwicklung und grundsätzlich die Anwendung aller Mittel zu deren Beschleunigung und Durchsetzung als rechtmäßig betrachtet. Solange diese falsche Lehre wirksam bleibt, steht das Vertrauen auf Verhandlungen und Vereinbarungen auf schwachen Füßen ... Nicht minder groß ist die Gefahr falscher Alternativen. Die gefährlichste dieser Alternativen lautet: die atomare Aufrüstung lasse nur die Wahl zwischen Selbstmord und Unterwerfung unter den Kommunimus. Die vulgäre Folgerung heißt dann: ‚Lieber rot als tot.' Wer so spricht, übersieht, daß diese Wahl nur bei ungleichem Stand der Rüstung gegeben sein könnte, daß aber ein gewisses Maß von Gleichheit und Rüstung echte Verhandlungen durchaus begünstigen kann."

voraus strecken und sich selbst und ihr Volk aufgeben. Sie können weder Idealismus noch Narrenfreiheit für sich und ihre Meinung in Anspruch nehmen. Ihnen hat ein wirklicher Philosoph und Wahrheitsfreund vor Jahrzehnten etwas ins Stammbuch geschrieben:

Über den „Bewaffneten Frieden" und eine zweiseitige kontrollierte Abrüstung hat der weise Poet WILHELM BUSCH Verse verfaßt, die auch im Atomzeitalter ihre Gültigkeit behielten:

„Ganz unverhofft an einem Hügel
Sind sich begegnet Fuchs und Igel.
Halt, rief der Fuchs, du Bösewicht!
Kennst du des Königs Ordre nicht?
Ist nicht der Friede längst verkündigt,
Und weißt du nicht, daß jeder sündigt,
Der immer noch gerüstet geht?
Im Namen Seiner Majestät
Geh her und übergib dein Fell!
Der Igel sprach: Nur nicht so schnell.
Laß dir erst deine Zähne brechen,
Dann wollen wir uns weiter sprechen!
Und allsogleich macht er sich rund,
Schließt seinen dichten Stachelbund
Und trotzt getrost der ganzen Welt
Bewaffnet, doch als Friedensheld." *)

Sowjet-Fuchs und NATO-Igel stehen sich gegenüber. „Kennst du des Kremls Order nicht?" fragt der russische Reineke und heischt, „im Namen der Totalität", des NATO-Igels Abwehrkleid. Der aber rollt sich rund und trotzt der Sowjet-Welt, solange sie in Teufelswaffen starrt, und hütet mutig so den Frieden ...

*) „Bewaffneter Friede" aus dem Gedichtband Wilhelm Busch „Zu guter Letzt" (1904), Fr. Bassermann'sche Verlagsbuchhandlung, München, und Rowohlts Taschenbuch-Ausgabe (1957), S. 65. Im gleichen Gedichtband findet man die Wilhelm-Busch-Verse, die an den Kreml-Machthaber nicht minder gerichtet sein könnten: „Sag Atome, sage Stäubchen — sind sie auch unendlich klein — haben sie doch ihre Leibchen. Und die Neigung da zu sein. — Kannst du auch aus ihnen schmieden — deine Rüstung als Despot, — schließlich wirst du doch ermüden, — und dann heißt es: Er ist tot." (Ueberschrift „Die Kleinsten".)

Ist dieses Gleichnis nicht hochaktuell? Leuchtet es den politischen Geschäftemachern mit der Atomangst, leuchtet es ihren unpolitischen Opfern endlich ein?

Kampf dem Atomtod in der ganzen Welt

In einem Aufruf der Bundesregierung, der von Bundeskanzler Adenauer und den 17 Mitgliedern des Kabinetts unterzeichnet ist, heißt es: Nur die allgemeine kontrollierte Abrüstung kann die Menschheit von der Furcht vor einem Atomkrieg befreien. Die Bundesregierung wird diesen Standpunkt auch auf der geplanten Gipfelkonferenz mit allem Nachdruck zur Geltung bringen. Bis dahin müssen wir die Politik der Sicherheit für das deutsche Volk fortsetzen. Wir dürfen uns nicht durch falsche Propheten irremachen lassen. Die Bundesregierung bittet die Bevölkerung, sie in ihren Bestrebungen zur Sicherheit des Weltfriedens weiter vertrauensvoll zu unterstützen.

So hieß es bei der SPD gestern . . .

Es darf gar keine Diskussion darüber geben, daß Deutschland mithelfen muß, durch eigenen Wehrbeitrag die Freiheit des Westens zu sichern. Wilhelm Kaisen, Bremen (SPD) im März 1954

Es war zwar bisher schon kein Zweifel daran, und die sozialdemokratischen Redner haben darauf im Parlament immer wieder hingewiesen, daß die strategischen Pläne bei der NATO auf dem sofortigen Einsatz von Atomwaffen basieren. Trotzdem hat man die Pläne für die Aufrüstung in der Bundesrepublik so entworfen, als wäre diese Tatsache nicht existierend oder als wenn man an dieser grausamen Wirklichkeit noch vorbeikommen könnte.
Wilhelm Mellies (SPD) im August 1956

Wenn die Amerikaner die deutsche Bundeswehr mit Atomwaffen ausrüsten wollen, müßte Wert darauf gelegt werden, daß auch die anderen NATO-Bundesgenossen in gleicher Weise ausgerüstet werden.
Fritz Erler (SPD) im April 1957

Briefwahl

Die freidemokratische Wahlgesetzänderung in Nordrhein-Westfalen wurde von der Ablehnung der Briefwahl-Bestimmungen begleitet.

SPD und FDP unterbanden damit dem Wähler die Möglichkeit, brieflich seine Stimme abgeben zu können, wenn der Stimmberechtigte bettlägerig ist oder sich auf einer wichtigen Reise befindet.

Das trifft vor allem die bejahrten und kranken Menschen. Sie müssen auf eine Beteiligung an der NRW-Landtagswahl verzichten, wenn kein Transportmittel an die Urne zur Verfügung steht oder ein Transport aus Gesundheitsgründen unmöglich ist. Nach der von der SPD/FDP-Koalition gestrichenen Bestimmung hätten sie in einem geschlossenen Brief ihrem Wahlverlangen genügen können.

Keine Briefwahl! entschied kategorisch die derzeitige Düsseldorfer Regierungskoalition.

Es ist eine Beleidigung für Kranke und Betagte. Es ist weder demokratisch noch sozial.

Von christlicher Nächstenliebe verrät die Ablehnung des CDU-Antrags, wie bei der letzten Bundestagswahl die Briefwahl zuzulassen, keine Spur.

Fürchten SPD und FDP die Stimmen der körperlich Gebrechlichen und Behinderten, der geistig aber noch Gesunden und Freien?

Handelten sie aus dem Bewußtsein heraus, daß in ihrer Landespolitik die freie christilche Liebestätigkeit nicht genug berücksichtigt wird und daß sich die Menschen, die eine solche Tätigkeit in Anspruch nehmen müssen, eher für die große Union einer christlichen Volkspartei aussprechen würden als für eine liberalsozialistische Koalition . . . ?

Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken wird. *Bundesfinanzminister Etzel*

Bundesrat

SPD und FDP versuchten vergebens, im Bund eine regierungsfähige Mehrheit zu erlangen. Sie möchten daher, wie sie zumal beim Antritt der Regierung Steinhoff in NRW offen erklärten, über die Länder und deren Vertretung im Bundesrat die Politik der Bundesregierung — eine Politik der Sicherheit, der Stabilität und des Friedens — in eine Politik der Unsicherheit, des Experimentierens und Schwankens ummodeln.

Daraus erhellt die weit über das Land hinausgehende allgemeinpolitische Bedeutung der ersten Landtagswahl im Jahre 1958, der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Es geht nicht allein um die künftige Regierung in NRW und in anderen Bundesländern, es geht um die politische Zusammensetzung des Bundesrates.

Was ist der Bundesrat? Es ist eine aus Mitgliedern der Regierungen der Bundesländer (mit West-Berlin sind es elf) gebildete bundesstaatliche Körperschaft, eine Art Ausgleichsstelle für die natürlichen Spannungen zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen dem Ganzen und seinen Teilen. Die Wünsche der Länder sollen im Hinblick auf den Bund, die Angelegenheiten des Bundes sollen ohne Schmälerung der Anliegen der Länder beachtet und behandelt werden. Der Bundestag repräsentiert das deutsche Volk, der Bundesrat repräsentiert die deutschen Länder. Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mit.

Jedes Land hat je nach seiner Größe drei bis fünf Stimmen im Bundesrat. Das Land Nordrhein-Westfalen entsendet fünf Mitglieder, die von der Landesregierung ernannt werden und Landesminister sein müssen, in den Bundesrat.

Jede Landesregierung beschließt, wie ihre Vertreter — bei Annahme oder Ablehnung eines Gesetzes — im Bundesrat abzustimmen haben. Es können aber nicht drei dafür und zwei da-

Die „Politik der Stärke" ist nichts anderes als eine Friedenspolitik berechtigter Abwehr gegen die Gewaltpolitik einer bedrohlichen totalitären Weltmacht.

gegen stimmen; die Stimmen müssen einheitlich abgegeben werden, die Bundesratsmitglieder sind an die Weisungen ihrer eigenen Landesregierungen gebunden.
Der Bundesrat kann wie der Bundestag der Bundesregierung Gesetzesanträge zuleiten. Der Bundesrat hat das Recht, zu allen Gesetzesentwürfen der Bundesregierung vorher Stellung zu nehmen. Nur über den Bundesrat kann die Bundesregierung eine Gesetzesvorlage einbringen.

Der Bundesrat 1958

Land	Sitze und Stimmen	Regierungsparteien	Ministerpräsident Präsident des Senats Reg. Bürgermeister
Nordrhein-Westfalen	5	SPD+FDP+Z	Steinhoff (SPD)
Bayern	5	CSU+FDP+BHE+parteilos	Dr. Seidel (CSU)
Baden-Württemberg	5	CDU+SPD+FDP/DVP+GB/BHE	Dr. Müller (CDU)
Hessen	4	SPD+BHE	Dr. Zinn (SPD)
Niedersachsen	5	DP+CDU+SPD	Dr. Hellwege (DP)
Rheinland-Pfalz	4	CDU+FDP	Dr. Altmeier (CDU)
Schleswig-Holstein	4	CDU+BHE+FDP	von Hassel (CDU)
Saarland	3	CDU+SPD	Reinert (CDU)
Hamburg	3	SPD+FDP	Brauer (SPD)
Bremen	3	SPD+CDU+FDP	Kaisen (SPD)
	41 Stimmen		
Berlin, Sitze ohne Stimmrecht	4	SPD/CDU	Brandt (SPD)
Bundesrat	45 Mitglieder		

Präsident des Bundesrates:	Reg. Bürgermeister	Willy Brandt (SPD)
1. Vizepräsident:	Brauer (SPD)	
2. Vizepräsident:	Dr. Seidel (CSU)	
3. Vizepräsident:	Steinhoff (SPD)	

Ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz muß noch einmal dem Bundesrat vorgelegt werden. Es gibt Gesetze, die nicht zustandekommen, wenn der Bundesrat sie ablehnt. Gegen andere Gesetze kann der Bundesrat Einspruch erheben, der aber wiederum vom Bundestag zurückgewiesen werden kann.

Aber nicht nur an der Gesetzgebung, auch an der Verwaltung wirkt der Bundesrat wesentlich mit. In vielen Fällen bedürfen die von der Bundesregierung zu erlassenden Rechtsverordnungen der Zustimmung des Bundesrates.

Aus dieser Stellung des Bundesrates ergibt sich seine politische Rolle für die Bundespolitik. Die Bundesratsmitglieder sind zwar parteigebunden, aber sie vertreten im Bundesrat nicht eine Partei, sondern eine Koalition; denn über die Stimmabgabe im Bundesrat befindet die Landesregierung, die sich meist aus verschiedenen Parteien zusammensetzt.

Daher ist jede Bundespartei sehr daran interessiert, in jedem Landtag möglichst stark vertreten zu sein und mit in die Landesregierung hineinzukommen und dort über eine möglichst hohe Quote zu verfügen. Daraus ergibt sich: im Bundesrat stark vertretene Regierungsparteien können verhindern, daß die vom Bundestag verabschiedeten Gesetze im Bundesrat scheitern; andererseits versuchen die zur Regierung in Opposition stehenden Parteien, die ihnen im Bundestag fehlende Anhängerschaft durch eine verstärkte Anhängerschaft im Bundesrat zu ersetzen.

Die beiden derzeitigen Regierungsparteien in Nordrhein-Westfalen, die SPD und die FDP, möchten also im neuen NRW-Landtag die absolute Mehrheit erringen, um ihre durch einen Vertrauensbruch zustandegekommene Koalition fortzusetzen; dann aber spekulieren sie auf ähnliche Ergebnisse in den nachfolgenden Landtagswahlen in anderen Ländern, um auf dem Wege über den Bundesrat die Bundespolitik zu überrollen und sie auch außenpolitisch in andere unsichere Wege zu leiten. Sowohl Steinhoff (SPD) als auch Weyer (FDP), der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens von heute und sein Stellvertreter und Finanzminister, verkündeten in ihren bisherigen Wahlreden vornehmlich dieses doppelte Wunschziel. Sie tun es vor allem deshalb, weil sie sich in ihrer zweijährigen Regierungszeit in NRW um die Landespolitik so gut wie gar nicht verdient gemacht haben. Daß sie die von Karl Arnold befolgte Politik nur fortsetzten, beweist die fruchtbringende Dynamik dieser vorbildlichen Landespolitik der CDU.

Finanzausgleich

Die Leistungen der Städte, Länder und des Bundes werden hauptsächlich durch die Steuern der Bürger bezahlt. Zu solchen Leistungen gehören u. a. die Verwaltung, der Straßenbau, die Beleuchtung, die Sicherheit und der Verkehr. Stadt, Land und Bund haben verteilte Aufgaben und verschiedene Einnahmen und Ausgaben. Für diese Aufgaben bestehen zwischen den drei Stellen Wechselbeziehungen. Der Zweck des Finanzausgleiches ist es, das gesamte Steuer- und sonstige Einkommen so zu verteilen, daß die drei Körperschaften Stadt-Land-Bund die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen und finanzieren können. Finanzausgleich bedeutet

1., daß die Steuerhoheit über die verschiedenen Steuerarten auf die drei Körperschaften entsprechend verteilt wird;

2., daß nicht nur von den Einnahmen her, sondern auch von den Aufgaben der Ausgleich gesucht wird; d. h. wenn die Verteilung der Aufgaben der drei Körperschaften so erfolgt, daß die mit der Erfüllung dieser Aufgaben stets verbundenen Ausgaben je aus den vorhandenen Steuereinnahmen der Körperschaft geleistet werden können;

3., daß Ausgleichsbeträge direkt zwischen den drei Stellen (zum Beispiel vom Land an die Städte) gezahlt werden.

Schließlich unterscheidet man einen vertikalen und einen horizontalen Finanzausgleich:

VERTIKAL ist ein Finanzausgleich, wenn er von oben nach unten oder von unten nach oben stattfindet. Der Bund zahlt ans Land, das Land an die Stadt und umgekehrt.

HORIZONTAL ist ein Finanzausgleich, wenn gleiche Gebietsstellen — etwa je Länder oder je Städte — ihre Finanzen untereinander ausgleichen, wenn also steuerstarke Städte an steuerschwache Städte oder steuerstarke Länder an steuerschwache Länder Ausgleich zahlen.

Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren. *Goethe*

Föderalismus

Föderalismus nennt man die Staatsauffassung, nach der die Einzelstaaten zu einem Staatenbund oder Bundesstaat bei größtmöglicher Selbständigkeit der Einzelstaaten oder Länder verbunden werden. Das Wort kommt vom lateinischen „foedus" = Bund oder Bündnis. Der Föderalismus will die staatliche Macht dezentralisieren, trennen, aufgliedern. Der Zentralismus oder Unitarismus — die nur zu leicht Meilensteine auf dem Wege zum Totalitarismus sind — ist die gegensätzliche Staatsauffassung oder der gegensätzliche staatsrechtliche Begriff. Föderalismus bedeutet also das Bestreben, innerhalb eines Bundesstaates — im Rahmen der Bundesverfassung und des Grundgesetzes — die Rechte der einzelnen Länder gegenüber dem Bund zu betonen.

Die CDU ist für einen gesunden Föderalismus, während FDP und SPD starke zentralistische Tendenzen aufweisen. Nur wenn es in ihren innerpolitischen Kampf um die Macht paßt, vergessen sie ihre zentralistischen Theorien und gebärden sich, wie im Falle NRW, superföderalistisch. Gesunde föderalistische Bestrebungen äußern sich bei großen Städten in dem Verlangen nach Dezentralisierung der Verwaltung, z. B. nach Einrichtung von Verwaltungsstellen in den einzelnen Stadtteilen.

Wenn SPD und FDP gegen ein mit Mehrheit des Bundestages angenommenes Gesetz (Bewaffnung der Bundeswehr, Stationierung von Atomwaffen) — über die Parlamente in den Kommunen und Ländern — eine Volksbefragung starten, so widerspricht das dem Geiste der Bundesverfassung und stellt einen Mißbrauch föderalistischer Möglichkeiten aus wahlpropagandistischen Gründen dar.

Befragt das Volk: Wollt Ihr vor der bolschewistischen Drohung die Waffen der Abwehr strecken?
Die Antwort wird lauten: Nein! Niemals!
Befragt das Volk: Wollt Ihr Sicherheit, Freiheit, Wiedervereinigung, Schutz und Frieden?
Die Antwort wird lauten: Ja, um jeden Preis!

NATO

NATO (englisch: Northern Atlantic Treaty Organization = Nordatlantische Vertragsorganisation) ist der am 4. April 1949 von den Vereinigten Staaten, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Italien, Portugal, Belgien, Niederlanden, Luxemburg, Island, Dänemark und Norwegen abgeschlossene Atlantikpakt, der Verteidigungsvertrag der zur westlichen Welt gehörenden Küstenstaaten. 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, im Jahre 1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Das gemeinsame Hauptquartier befindet sich im Palais Chaillot in Paris. Die NATO hat neben dem gemeinsamen Oberkommando eine einheitliche Bewaffnung und eine einheitliche Ausbildung. Der Nordatlantikrat ist das aus den Außenministern der 15 NATO-Staaten bestehende Organ der Verteidigungsgemeinschaft. Die Führung liegt bei den Vereinigten Staaten.

Der Pakt verpflichtet alle Mitglieder automatisch zu wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung jedes einzelnen Mitgliedes, wenn es angegriffen wird.

So hieß es bei der SPD gestern . . .

Die Revolution der Militärtechnik ist nicht mehr aufzuhalten. Sie ist geschehen. Gegen sie zu kämpfen mit dem Ziel, zu den konventionellen Waffen des zweiten Weltkrieges zurückkehren, heißt: gegen Windmühlen kämpfen.

Fritz Erler (SPD) im August 1956

*

Es muß das Ziel sein, die Atomwaffen aus der Welt zu bringen. Aber es kann nicht das Ziel sein, die Atomwaffen auf der einen Seite aus der Welt zu schaffen, um uns auf der anderen Seite der erdrükkenden militärischen Überlegenheit der Sowjetunion mit ihren klassischen Waffen gegenüberzusehen.

Fritz Erler (SPD) im Januar 1957

Preise-Löhne-Streiks

Frischer Wind sollte seit zwei Jahren durch die von SPD und FDP besetzten Ämter der nordrhein-westfälischen Ministerien wehen; der heilsame, belebende Hauch blieb aber aus. Statt dessen wurden in einem Teil der Wirtschaft in NRW und in ihren Betrieben andere Winde, ja Stürme entfacht, die alles andere als belebend und heilsam sind. Es sind Bewegungen und Beunruhigungen, die zum Thema „Preise - Löhne - Streiks" gehören und die die Lebenshaltung eines jeden Bürgers, den hohen Standard und den Arbeitsfrieden bedrohen.

Es steht fest: trotz bisheriger Preiserhöhungen ist die Bundesrepublik nach wie vor das relativ billigste Land in Europa.

Der Bund hat einige Subventionen gestrichen oder gekürzt. Es führte bei Zucker und Brot zu Preissteigerungen. Aber der Bund sparte dabei viele Millionen DM an Ausgaben ein, und diese Einsparungen kamen durch weitere Steuersenkungen den Steuerzahlern zugute.

Wenn von gewisser Seite das Gespenst der Inflation an die Wand gemalt wird, so muß man demgegenüber auf Erscheinungen verweisen, die eine gewisse Stabilisierung der Preise in Zukunft erhoffen lassen:

1. Die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten gehen weiter nach unten. Die Kosten der Produktion verbilligen sich.
2. Es wird in der Bundesrepublik mehr gespart. Die Nachfrage ist bei uns nicht mehr so ungestüm. Das Verhältnis zum Angebot ist ausgeglichener geworden.
3. Die Nachfrage aus dem Ausland läßt nach. Den deutschen Verbrauchern stehen damit auch die bisher für das Ausland bestimmten Waren zur Verfügung. Auch das muß sich auf die Preisbildung beruhigend auswirken.
4. Es macht sich in der Wirtschaft immer stärker das Wettbewerbsprinzip bemerkbar. Je mehr Wettbewerb — desto niedriger die Preise. Auch der Bergbau wird, wie er es anfangs vorgehabt hatte, seine Preise nicht mehr erhöhen kön-

nen. Die Konkurrenz ist stärker geworden. Die Senkung der Frachten, die Einfuhr der billiger gewordenen amerikanischen Kohle und die größere Rolle des Heizöls verfehlen ihre Wirkung nicht.

In dieser Lage einer international gedämpften Konjunktur stieß in der Bundesrepublik und zumal im Lande Nordrhein-Westfalen als dem Herzstück der deutschen Industrie die Lohnpolitik der Gewerkschaften vor. Man darf dabei folgendes nicht übersehen:

1. Die Lohnerhöhungen, zumal in der Industrie, waren in den letzten Jahren beträchtlich. Im Jahre 1957 betrugen sie im Durchschnitt 7 Prozent.

2. Die Bundesbank, deren Vizepräsident der Sozialdemokrat Troeger ist, erklärte: eine weitere Preisentwicklung hänge stark von der Lohnentwicklung ab. Wenn in Zeiten einer gedämpften Konjunktur wie in der Gegenwart die Löhne die Tendenz haben, stärker zu steigen als die volkswirtschaftliche Produktivität, so würde eine solche Lohnentwicklung weitere Preissteigerungstendenzen nach sich ziehen.

3. Die wiederholten und teilweise schon verwirklichten Drohungen mit dem äußersten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, können auf die Dauer nicht der Stabilisierung der Preise dienen. Streiks können die Lage nur erschweren. Der Verlauf und das Echo des ÖTV-Warnstreiks und der Versuche in der IG Metall waren schlagende Beweise dafür, daß sich solche Bewegungen gegen die ganze Bevölkerung, zumal gegen Arbeiter und Angestellte und schließlich gegen die ganze Wirtschaftskraft des Landes selbst richten. Ein Düsseldorfer Gewerkschaftler begründete nach dem ÖTV-Warnstreik seinen Austritt aus der Gewerkschaft, der er seit 1917 angehörte, vor allem damit, daß die Anwendung des letzten Kampfmittels, des Streiks, unberechtigt und unverantwortlich ist, solange sich noch nicht die Fronten rettungslos verhärtet haben und die Verhandlungen als endgültig gescheitert angesprochen werden können.

Ist es nicht bezeichnend, daß Moskau und Pankow die Streikbewegung in der westdeutschen Stahlindustrie jubelnd begrüßt hatten? Die Feinde des wirtschaftlichen Aufstieges und des Arbeitsfriedens in der Bundesrepublik veranstalten Freudenfeste, wenn bei uns die Produktion stockt, wenn Zechen stillgelegt werden müssen, wenn Feierschichten eingelegt werden. **Man kann eben nicht zu gleicher Zeit stabile oder sinkende Preise fordern und verwirklichen, wenn die Löhne ständig erhöht werden.**

Von 1950 bis 1956 erfolgten Lohnerhöhungen um 54 Prozent. Man vergesse aber nicht, daß es trotzdem möglich war, die Steigerung des Preisschlüssels (Index) für Ernährung in der gleichen Frist bei nur 22 Prozent zu halten.

Die Welt hat diese Tatsache — bis auf Pankow — als einen großen Erfolg der Bundeswirtschaftspolitik gewürdigt. *) Nur wer sich von der Hetze der Opposition um jeden Preis blenden läßt, übersieht die wirklichen Zusammenhänge.

Dem sozialdemokratischen NRW-Arbeitsminister Hemsath, einem ÖTV- und IG-Metall-Gewerkschaftler, gelang es nur mühsam, den von der Arbeitgeberseite angenommenen Kompromißvorschlag bei den Stahlarbeitern durchzudrücken. Leider entwertete der SPD-Minister seine Aktion durch die bei den Haaren herbeigezogene Bemerkung, ausgerechnet die CDU oder Kreise der CDU hätten lieber einen Streik in der Stahlindustrie gesehen, um daraus eine Niederlage des SPD/FDP-Kabinetts Steinhoff zu machen.

Diese Verdrehung gehört zu den typisch sozialistischen Wahlschwindelmanövern. Der Verkehrsstreik war von der Gewerkschaft ÖTV gewünscht worden, deren Vorsitzender, Kummernuß, kein Mitglied der CDU ist; der in der letzten Minute — nicht zuletzt dank dem Arbeitgeber-Vorschlag, der die vorverlegte Arbeitszeitverkürzung betraf — verhinderte Stahlstreik war von der IG Metall ausgerufen worden.

*) Als der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan im April 1958 in der Bundesrepublik weilte, sprach er dem Bundeswirtschaftsminister Erhard seine Anerkennung über die Leistungen der westdeutschen Wirtschaft im allgemeinen und die des Ministers im besonderen aus. Die Sowjetunion bewundere diese einzigartige Entwicklung. Erhard konnte entgegnen: Pankow allein ist anderer Ansicht.

PREISE

Entwicklung der Preise in Westeuropa
Index-Ziffern

Lebenshaltung

	1950 Basis	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957 II. Quartal
Österreich	100	128	150	142	147	148	153	152
Großbritannien	100	110	119	123	125	130	137	141
Frankreich	100	117	131	129	129	130	133	133
Italien	100	110	114	117	120	123	129	131
Niederlande	100	110	111	111	115	116	119	128
Bundesrepublik	100	108	110	108	108	110	113	114

Ernährung

Österreich	100	123	147	139	147	146	151	148
Großbritannien	100	111	129	136	139	150	156	160
Frankreich	100	116	127	124	122	123	125	123
Italien	100	107	111	114	117	120	125	128
Niederlande	100	109	112	113	117	120	124	128
Bundesrepublik	100	109	114	112	114	116	119	120

LÖHNE

Wochenverdienste der Industriearbeiter in der Bundesrepublik

Jahresdurchschnitt	DM	Steigerung in %	Index L E**	Lebenshaltung Steigerung in %	Ernährung Steigerung in %
1950	60,54	–	100/100	–	–
1951	68,52	+ 13,2	108/109	+ 7,8	+ 9,1
1952	74,00	+ 8,0	110/114	+ 2,1	+ 4,5
1955	86,85	+ 7,2	110/116	+ 1,6	+ 2,0
1957	+/	+/	115/122	+ 2,3	+ 2,0

+/ Vergleichbare Zahlen für 1957/1958 liegen noch nicht vor

** L = Lebenshaltung, E = Ernährung

Auch der Vorsitzende dieser Gewerkschaft, Brenner, wie ihr Streiksprecher Manowski sind nicht Mitglieder der CDU! Ollenhauer aber hatte am 27. März 1958 von einem gegebenenfalls „politischen Streik" gesprochen.

Auch Ollenhauer ist kein CDU-Mitglied!

Gewiß hatte Hemsath auf die etwaigen Folgen eines Stahlstreiks hingewiesen, auf die weitere Drosselung der Stahlproduktion, auf die Schwächung des Exports, auf die Zunahme von Feierschichten im Bergbau, auf eine nach oben weisende Lohn-Preis-Spirale. Das „faule Osterei der IG Metall" wurde kein Pankower Leckerbissen. Die ostzonalen Rufer zum Generalstreik schwiegen schließlich betreten. Hemsath (SPD) hatte eingesehen und gemahnt: „Selbst wenn der Streik gewonnen werden sollte, wird sein Ergebnis in keinem Verhältnis zu dem Erfolg stehen, der auch auf dem Verhandlungswege hätte erreicht werden können!"

Dem SPD-Minister mag das befriedigende Ergebnis der unter dem früheren CDU-Minister Joh. Ernst geleiteten Verhandlung vorgeschwebt haben.

Etwas ist noch zu beachten: die Urabstimmungen unter den Stahlarbeitern hatten gezeigt, daß noch nicht einmal 50 Prozent der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie in NRW organisiert sind.

Es muß zugegeben werden: es gibt noch Gruppen, die in ihren Lohnsätzen zurückgeblieben sind, deren Forderungen aber über kurz oder lang berücksichtigt werden.

Es fragt sich nur: Warum gelang es der SPD nicht, die von Minister Hemsath (SPD) vertretene Ansicht ohne langwierige Verhandlungen zu verbreiten und durchzusetzen? Warum mußte erst Unruhe gestiftet werden?

Sind etwa fremde Kräfte am Werke?

Gerade die Bevölkerung im Industrieland von Nordrhein-Westfalen bedarf des Arbeitsfriedens, guter, aber nicht übersteigerter Löhne, fester (und nicht nach Streikwellen emporschnellender) Preise.

SPD und FDP stehen oft dem Problem „Preise - Löhne - Streiks" ratlos gegenüber. Wer aber in NRW von den „Rebellen" und „Barrikadenstürmern" dieser unfruchtbaren Koalition eine Besserung der deutschen Wirtschaft und der sozialen Lage der Werkschaffenden erhofft, der bleibt bitter enttäuscht.

Die CDU verfolgt eine Wirtschafts-, Lohn- und Preispolitik, die bisher die Bewunderung der Welt erntete. *)

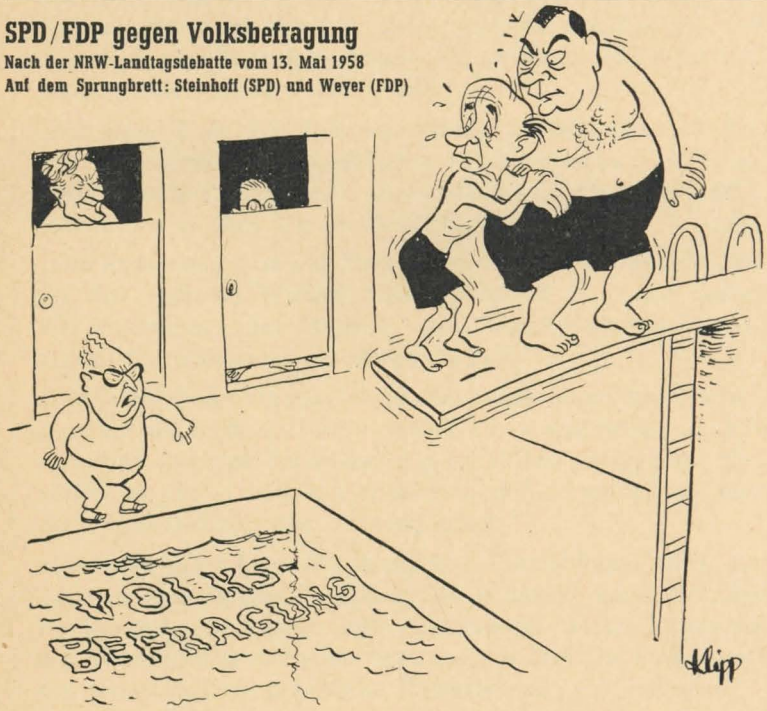
Die CDU wird auch im Lande Nordrhein-Westfalen die gesunden Verhältnisse wiederherstellen und etwaige weitere Lohnkonflikte rascher auf gütlichem Wege beizulegen wissen.

*) Das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg meldete Anfang Mai 1958: Im Jahre 1957 wurden 75 000 Personenwagen an Arbeiter in der Bundesrepublik verkauft. Von allen fabrikneu zugelassenen Autos wurden 37,9 Prozent von Arbeitnehmern erworben. Das sind Zahlen, die für sich sprechen.

SPD/FDP gegen Volksbefragung

Nach der NRW-Landtagsdebatte vom 13. Mai 1958

Auf dem Sprungbrett: Steinhoff (SPD) und Weyer (FDP)



Regierungserklärung Steinhoff

Am 29. Februar 1956 gab der durch das parlamentarisch ungetreue Ränkespiel an die Macht gelangte sozialdemokratische Ministerpräsident Steinhoff im Namen seines aus fünf Sozialdemokraten, vier Freien Demokraten und einem Zentrumsmitglied bestehenden Kabinetts eine farblose Regierungserklärung ab. Steinhoff versprach mancherlei, unter anderem:

„Die Reform der Verwaltung muß vorangetrieben werden, die zu organisatorischen Vereinfachungen im Behördenaufbau und zur Rationalisierung der Arbeitsweise der staatlichen Behörden führt."

„In ihrer Personalpolitik wird sich die Landesregierung von dem obersten Grundsatz leiten lassen, daß eine gute Verwaltung nur von einer in ihrer Stellung gesicherten und dienstfreudigen Berufsbeamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft gewährleistet werden kann."

„Mit dem Ziele der Rationalisierung mittelständischer Betriebe werden die eingeleiteten Kreditaktionen für Handwerk, Handel, freie Berufe und industrielle Klein- und Mittelbetriebe stärker als bisher unterstützt werden."

„Die Regierung wird sich beim Wiederaufbau nachdrücklichst für den sozialen Wohnungsbau einsetzen . . . Daß dabei die Beseitigung der Massen- und Barackenquartiere vordringlich erscheint, ist selbstverständlich."

„Die Landesregierung ist bereit, die Maßnahmen des Landesjugendplans nach Kräften voranzutreiben und Schwerpunkte zu bilden, die eine Zersplitterung der Hilfen weitgehend ausschließen; dabei sollen Maßnahmen der Jugendpflege und der Jugendbildung den Vorrang haben."

„Die schwierige Lage der westlichen Grenzgebiete wird von der Landesregierung anerkannt. Sie ist bereit, die bisherigen Förderungsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der kommunalen Aufgaben fortzusetzen und den Grenzkreisen jede mögliche praktische Unterstützung zu gewähren."

„Wir werden die Bundesbahn weiterhin bei der Elektrifizierung der wichtigen Eisenbahnverbindungen unseres Landes unterstützen."

„Es ist nicht die Aufgabe einer Landesregierung, Außenpolitik zu treiben."

*

Nach zwei Jahren erhebt sich die Frage, ob die Regierung Steinhoff ihre Versprechen gehalten hat und ob sie vor allem das Wort vom „frischen Wind" wahrmachte, den sie durch die Amtsstuben der NRW-Ministerien wehen lassen wollte.

Oder war diese Windmacherei nur Prahlerei?

Oder begnügte sich die Regierung Steinhoff nur damit, die Eier auszubrüten, die sie in dem von der CDU-Regierung bereiteten Nest vorgefunden hatte?

Das wird hier sachlich an vielen Beispielen untersucht. Es wird der Eindruck bleiben:

Nichts wurde besser gemacht, manches wurde versäumt und verschleppt.

Regierungssturz 1956

In einer Abstimmung im nordrhein-westfälischen Landtag am 20. Februar 1956 stimmten 102 gegen 96 Stimmen für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Arnold. Es entstand so eine neue Koalition SPD/FDP/Zentrum. Das Votum war mit Hinweisen auf die Bundespolitik und auf einen angeblich zugunsten der CDU geplanten Wahlgesetz-Änderungsversuch begründet worden.

Es war nur der letzte Akt eines von langer Hand eingefädelten Ränkespiels. Die FDP war die Drahtzieherin des Komplotts. Es war ein Schuß aus dem Hinterhalt. Man blieb bis zum Sturze selbst im Kabinett und täuschte Koalition vor. (Was tut man im Leben mit jemandem, der sein Wort, seinen Vertrag nicht

hält . . .?) Der erste Widerhall war das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen. Von nun an verlor und verliert die FDP immer mehr an Substanz.

Als nach dem Regierungssturz die Freien Demokraten, ganz unabhängig von den Entgleisungen eines Thomas Dehler, zumal in Nordrhein-Westfalen in Mißkredit gerieten, sprach die Öffentlichkeit von dem „Fluch der bösen Tat", vom „Lohn des Verrats" oder von der „Saat der Gewalt" . . . In einem Rückblick auf diese peinlichen Vorgänge im NRW-Parlament stellte die Frankfurter Allgemeine Zeitung in Nr. 19 vom 23. Januar 1958 fest:

„Nicht das Ränkespiel an sich, sondern die Unaufrichtigkeit, mit der es betrieben wird, schadet unseren Parteien."

UNO

Die Organisation der Vereinten Nationen UNO (englisch United Nations Organization) heißt offiziell UN = United Nations (Vereinte Nationen); sie ist eine internationale Organisation zur Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit und strebt die freundschaftliche internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet an. Die UNO besteht seit dem 24. Oktober 1945, ihr Sitz ist New York, ihr europäisches Büro ist in Genf. 76 Staaten gehören zur UNO, die Bundesrepublik ist infolge des russischen Njet kein UNO-Mitgliedsstaat.

Zahlreiche Sondergliederungen sind der UNO angeschlossen, z. B. die UNESCO für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die UPU als Weltpostverein, die FAO als internationale Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation und die ILO als internationale Arbeitsorganisation.

Wahlgesetz-Änderung

Eine Änderung des Wahlgesetzes verdankt Nordrhein-Westfalen einem sehr egoistischen Antrag der FDP und den Stimmen ihrer sozialdemokratischen Freunde.

Die sichtbarste praktische Folge sei vorausgeschickt: das Zentrum, das beim Sturz der Regierung Arnold seine Arbeit getan hatte, wurde in die Versenkung gestoßen. Für kleinere Parteien, für Splitterparteien ist kein Raum mehr in diesem neuen NRW-Wahlgesetz.

Vorher gab es in NRW eine Verbindung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht; das Schwergewicht lag auf der Mehrheitswahl in den einzelnen Wahlkreisen. Der Bewerber, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen auf sich vereinigte, war gewählt. (Eine absolute Mehrheit der im Wahlkreis abgegebenen Stimmen war nicht erforderlich.) Das Ergebnis dieser „relativen Mehrheitswahl" wurde durch einen Verhältnisausgleich aufgefangen: er erfolgte bei der Zuweisung von Sitzen auf den Landesreservelisten. Der NRW-Landtag bestand bisher aus 200 Abgeordneten, von denen 150 nach der Mehrheitswahl in den Wahlkreisen und 50 nach der Verhältniswahl eben über diese Landesreservelisten der politischen Parteien gewählt wurden. Kleinere Parteien konnten in den Landtag von NRW gelangen, wenn sie mindestens fünf Prozent der Gesamtstimmen im Lande oder ein Mandat in einem Wahlkreis oder auch ein Drittel der gültigen Stimmen in einem Wahlkreis erhielten. Man drückte das so aus: es gab eine Fünf-Prozent-Klausel mit „Schwerpunktelement".

*

Was besagt die von der FDP und SPD angesichts der bevorstehenden NRW-Landtagswahl vorgenommene Gesetzesänderung?

Eine Partei, die nicht die fünf Prozent der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, kann nicht mehr an einer Zuteilung von Sitzen auf der Landesreserveliste teilnehmen. Örtliche Schwerpunkte bleiben unberücksichtigt, selbst wenn sie

in einem Wahlkreis ein direktes Mandat oder ein Drittel der Stimmen errungen hätten.

Wenn eine Partei aber in den Wahlkreisen mehr Sitze erringt, als ihr nach dem allgemeinen Verhältnis zustehen würden, kann der Landtag — zur Ermöglichung eines vollständigen Verhältnisausgleichs — „aufgestockt" werden. Das heißt: das neue Gesetz sieht nicht mehr 200 feste Abgeordnetensitze vor, es läßt auch diese Möglichkeit offen: Wenn eine Partei sämtliche 150 Wahlkreise mit relativer Mehrheit, aber nur 50 Prozent der Gesamtstimmenzahl erobert, so erhält der Landtag 300 Sitze. (Wenn nämlich 50 Prozent gleich 150 Sitzen sind, so sind hundert Prozent gleich 300 Sitzen.)

Die FDP bezweckte damit, als einzige Partei neben den beiden großen Parteien, CDU und SPD, in den Landtag einziehen zu können. Deshalb wünschte die FDP die reine Fünf-Prozent-Klausel, deshalb verlangte sie den „vollständigen Verhältnisausgleich". Das Zentrum, das sich bis auf drei Abgeordnete von einem solchen demokratischen Koalitionspartner lossagte, verschwand. Nun will die FDP allein das „Zünglein an der Waage" sein. Es ist die gleiche FDP, die vor dem Sturz ein solches Wahlgesetz als illoyal, ja als „Staatsfeind Nr. 1" (FDP-Abgeordneter Schneider) erklärt hatte. Es ist die gleiche FDP, die vor drei Jahren der Sparsamkeit im öffentlichen Leben das Wort redete und jetzt ohne Bedenken die Landtagssitze beliebig hinaufsetzen möchte. Was tut's? Die Steuerzahler haben die Mehrkosten zu tragen.

Und noch einen Haken hat dieses freidemokratische Wahlgesetz Düsseldorfer Prägung: der Wahlerfolg einer großen Partei soll den minder erfolgreichen anderen Parteien zugutekommen.

Das frühere Wahlgesetz in NRW hatte gewiß einige Schönheitsfehler.

Das von der FDP mit Hilfe der SPD geänderte nordrhein-westfälische Wahlgesetz ist ein Trick, eine Übertreibung, eine kost-

spielige Spekulation. Es ist nicht gerecht. Es dient nicht der wirklichen Mehrheit. Es ist kompliziert und schwer verständlich.

Die FDP feierte das umgemodelte Gesetz als eine „staatspolitische Offenbarung".

Die FDP in NRW, die mit dem Liberalismus eines Reinhold Maier fast gar nichts mehr zu tun hat, gab nicht nur mit ihrem Barrikaden-Geschrei, sondern auch mit ihrem Wahlgesetz ihre „demokratische" Visitenkarte ab.

Zentrum

Aus dem falschen Spiel, das FDP und SPD mit ihm getrieben hatten, zog das Zentrum in Nordrhein-Westfalen die einzig mögliche Folgerung: am 20. März 1958 traten fünf nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete — Ballensiefen, Dr. Lünenborg, Nickel, Warczak und Dr. Weber — zur CDU über. Sie taten es nach ihren Worten in der klaren Erkenntnis:

— daß eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der SPD und FDP nicht mehr möglich ist, da diese Parteien ihre Abmachungen mit dem Zentrum nicht eingehalten haben;

— daß diese Koalitionspartner (SPD, FDP) Entscheidungen getroffen haben, die mit dem politischen Programm des Zentrums, besonders im kulturpolitischen Bereich, unvereinbar sind;

— daß der Ernst der politischen Lage die politische Einheit aller Christen innerhalb der CDU erfordert.

Anschließend kehrte Tollmann, Wuppertal, Landesvorsitzender des Zentrums Rheinland, als sechster Zentrumsabgeordneter seiner Partei und damit dem Bund mit der SPD/FDP den Rükken. Die verbleibende Zentrums-„Fraktion" im NRW-Landtag stützte sich am Ende ihres parlamentarischen Daseins — neben dem Justizminister — auf nur zwei Abgeordnete . . .

B. Verwaltung und Polizei

I. Beamtenpolitik

II. Eingaben-Ausschuß

III. Polizei

IV. Verwaltungsreform

Beamtenpolitik

Die beamtenfreundliche Politik der CDU steht außer Frage. In NRW geht sie schon aus dem Landesbesoldungsgesetz vom 9. 6. 1954 hervor. Die in der Folgezeit vorgenommenen Änderungen, Neuregelungen und Verbesserungen (u. a. die Neuregelung der Polizeibeamtenbesoldung) haben ihren Ursprung in den von Arnold vorgeschlagenen oder in Angriff genommenen Maßnahmen.

Gegenüber den Versuchen, die Beihilfe-Grundsätze zu verschlechtern, hat die Regierung Arnold stets den Rechtsanspruch der Beamten auf solche Leistungen betont.

Es muß festgehalten werden:

1. Das Beamtenrecht in NRW wurde den Grundsätzen des neuen Bundesrechtes angepaßt, das wiederum seine Prägung von der CDU erfuhr.
2. Der Wegfall der zehnjährigen Wartefrist bis zum Beginn der Pensionsberechtigung oder der Wegfall der Bestimmung, nach der nur alle sechs Jahre eine Beförderung bei der Festlegung der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge akzeptiert wird, sind weitere Verbesserungen.
3. Die Altersgrenze von 65 Jahren wird für den Regelfall beibehalten.
4. Die Berufsorganisationen der Beamten sind an der Vorbereitung der Neuregelung der allgemeinen beamtenrechtlichen Verhältnisse beteiligt.

Zur Personalpolitik der SPD-Regierung Steinhoff ist zu sagen: bevorzugt werden Parteibeamte und nicht Laufbahnbeamte.

Die CDU vertritt dagegen den Standpunkt, daß kein Beamter ohne die entsprechende Vorbildung ein Amt übernehmen darf. Sie leistet damit dem von ihr grundsätzlich vertretenen Berufsbeamtentum den besten Dienst.

Erst durch den von der CDU des NRW-Landtages gestellten Antrag 919 sind alle beamtenrechtlichen Fragen in ihr neues und entwicklungsfähiges Stadium getreten.

Die in NRW erfolgten einschlägigen Verbesserungen sind der Regierung Arnold und der CDU zu danken. Die Regierung Steinhoff mußte die von Karl Arnold vorbereiteten neuen Beamtengesetze anerkennen. Eigene Leistungen der Steinhoff-Regierung wurden vergeblich erwartet. Würden sie überhaupt zum Besten eines echten Berufsbeamtentums ausgefallen sein? Das ist sehr zu bezweifeln.

Nur die CDU ist wahrhaft beamtenfreundlich!

Eingaben an den Landtag

Auf Betreiben der CDU wurde im Landtag von Nordrhein-Westfalen ein Eingaben-Ausschuß eingerichtet, dessen Vorsitz seit Bestehen in den Händen der CDU-Fraktion von NRW liegt. Dieser Einrichtung liegt ein wahrhaft demokratischer Gedanke zugrunde:

Der Wähler soll wissen, daß sich seine aktive Beteiligung am Staatsleben nicht in der Abgabe des Stimmzettels erschöpft; er kann sich mit Beschwerden und Vorschlägen, mit allgemeinen und persönlichen Anliegen an den Landtag wenden.

Wie wirksam diese CDU-Einrichtung ist, ergibt sich aus der Kartei, die besagt, daß in der Zeit vom Juli 1954 bis Ende 1957 an die 2600 Eingaben eingetragen und davon 2573 behandelt und erledigt wurden.

Unter den Eingaben befanden sich nicht nur Briefe schreibwütiger Querulanten, sondern Hinweise auf wirkliche Mißstände, die bloßgelegt und abgestellt wurden. Eine Reihe von Beschwerden führte zu einem sofortigen energischen Eingreifen. Die CDU wird diese probate Einrichtung beibehalten.

Alt- und Neubürger an Rhein, Ruhr und Lippe!
Eure Heimat ruft euch zu: Nur CDU!

Polizei

Die Aufgabe der Polizei ist es, Gefahren abzuwehren und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Ihre vornehmliche Tätigkeit ist also vorbeugender Natur. Ist diese vorbeugende polizeiliche Tätigkeit intensiv, so nehmen zwangsläufig die Aufgaben der Verbrechensaufklärung und der Verbrechensbekämpfung ab.

Zeigt die Entwicklung des Polizeiwesens in NRW, daß die Polizei diesen Aufgaben gerecht wird? Wo liegen Fehlerquellen?

Es fällt immer mehr auf, daß die Motorisierung und Technisierung des Polizeiapparates zu überstürzt und zu umfassend vor sich geht. Der Polizeibeamte ist ein Mensch und kein Roboter, die Öffentlichkeit benötigt ihn als menschlichen Helfer und nicht als seelenlosen Maschinismus.

„Die Polizei — dein Freund und Helfer!" ist ein guter Grundsatz. Wird er aber in NRW immer verwirklicht? Unter dem derzeitigen SPD-Innenminister in NRW zeichnet sich eine Entwicklung ab, die die Gefahr einer Militarisierung der Polizei heraufbeschwört. Es ist nicht nur eine Frage der Organisation und der beruflichen Ausbildung, sondern des Geistes, der in der Polizeibeamtenschaft waltet und genährt wird.

Es ist verwunderlich, daß der SPD-Innenminister von NRW in einem Vortrag über die Polizei von „Menschenmaterial" sprach, „das eingesetzt" werden müsse. Diese Ausdrucksweise verrät eine schiefe Einstellung zur Polizei.

Es ist folgerichtig, daß angesichts des immer stärker werdenden Verkehrs motorisierte Streifen in großem Umfang erforderlich sind. Aber nicht nur isolierte PKWs der Polizei, sondern zahlreiche Krad-Polizeibeamte, die eine schnelle und enge Verbindung mit dem Publikum herstellen können, sind vonnöten. Der Kontakt der Polizei mit der Bevölkerung darf nicht vollends verloren gehen. Auch der Polizeibeamte zu Fuß hat nach wie vor seine wichtige Daseinsberechtigung.

Es hat sich auch herausgestellt, daß die Einsparung von Polizeibeamten ein Sparen am verkehrten Ende ist. Der Beförde-

rungskegel ist nicht mehr in Ordnung. Die Zahl der Kommissare ist beispielsweise verringert, die der Hauptkommissare erhöht worden. Die Folge davon ist, daß der Vorgesetzte so viele Beamte unter sich hat, daß eine ordnungsgemäße Kontrolle nicht immer möglich ist.

Wenn der Landesvorstand der „Gewerkschaft der Polizei" Mitte Januar 1958 die SPD/FDP-Landesregierung in NRW deswegen stark kritisierte, weil sie eine Verminderung der Polizeikräfte beabsichtige, so hat die CDU für diese Kritik volles Verständnis.

Der zunehmende Verkehr und eine anwachsende Kriminalität erfordern vielmehr eine Erhöhung der Personalstärke bei der Polizei im Interesse der Öffentlichkeit.

Der von der SPD/FDP-Regierung dem Landtag vorgelegte Haushaltsplan 1958/1959 trug weder den polizeilichen Erfordernissen noch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung in allem Rechnung.

Die CDU wird hier für eine Verbesserung sorgen.

Angesichts der scharfen Kritik der Polizeigewerkschaft auf ihrer Delegiertentagung in Mülheim-Ruhr (Mitte April 1958) an der wirtschaftlichen Behandlung der Polizeibeamten durch die SPD/FDP-Regierung in Nordrhein-Westfalen und angesichts der offenen Sympathiekundgebungen mit den Leistungen der CDU entschloß sich der SPD-Innenminister Biernat zu einem Schritt, der schon aus zeitlichen Gründen nur als Wahlstimmungsmache zu deuten ist:

Minister Biernat (SPD) will in den nächsten Tagen und Wochen eine Inspektionsreise zu allen Kreispolizeibehörden durchführen. Auf dieser Wahltournee will er zu angeblich demagogischen Äußerungen im Lande Stellung nehmen.

Minister Biernat (SPD) sprach sich auf der Delegiertentagung nicht näher über seine Stellungnahme aus mit der fadenscheinigen und paradoxen Begründung, er wolle nicht die „gewerkschaftspolitische Neutralität" verletzen. Will er auf seinen angekündigten Stippvisiten die ministerielle Neutralität außer acht lassen?

Von der CDU und zahlreichen empörten Delegierten in die Enge getrieben, verteilte Biernat einige Wahl-Knallbonbons, Versprechungen, die zu halten und zu verwirklichen es nun zu spät ist:

Fünf-Tage-Woche und 40-Stundendienst für die Polizeibeamten, Verbesserung des Stellenkegels der Schutzpolizei im mittleren Dienst, Verbesserung des gehobenen Dienstes und Einführung eines Spitzendienstgrades im mittleren Dienst. Nebenbei erwähnte er auch Selbstverständlichkeiten wie die Verbesserung der Reisepauschalen und die Erhöhung des Kleidergeldes.

Herr Biernat hatte zwei Jahre Zeit, diese Maßnahmen in die Wege zu leiten. Ausgerechnet kurz vor den Landtagswahlen und nach geharnischten kritischen Vorstößen aus der Polizeibeamtenschaft läßt er sich zu Versprechungen herab.

Die Mülheimer Stimmung unter den Delegierten wurde nicht besser, als der Polizeiminister diese Tüte Knallbonbons ausgeschüttet hatte. Auch auf seiner, sagen wir, Wahlinspektionsreise von morgen kann Biernat (SPD) schwerlich seine enttäuschten Beamten überzeugen.

Er spricht von gefährdeter Neutralität und von umlaufender Demagogie.

Wer hat die Neutralität verletzt? Wer schickt sich zu einer demagogischen Fahrt ins Blaue an?

Die Antwort auf diese Fragen haben ihm die Delegierten von Mülheim im voraus erteilt.

Mit seinem ganzen Herzen ist Deutschland bei dem Gedanken eines Vereinten Europas. Mehr als jedes andere Land muß Deutschland im ureigensten Interesse nach enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit streben. *Adenauer*

Verwaltungsreform

Verwaltungsreform! war immer der Schlachtruf der SPD und FDP in Nordrhein-Westfalen gewesen, — als sie in der Opposition waren.

Nun, da sie zwei Jahre in NRW regieren, ist es um die Verwaltungsreform im Lande sehr still geworden.

Wie energisch hat wiederholt mit der CDU Dr. Middelhauve von der FDP eine Vereinfachung und Reform der Verwaltung gefordert! Nun kann er es nicht mehr. Im April verabschiedete er sich vom Landtag. Offensichtlich will er mit der „DFDP" des Herrn Döring nichts mehr zu tun haben!

Als sich die FDP mit der SPD verbündete, vergaß sie ihre einstigen guten Vorsätze. FDP-Finanzminister Weyer kapitulierte 1958 vor dem Gesetz „der wachsenden Staatsaufgaben und Staatsausgaben". Die Verwaltungsreform war ad acta gelegt worden.

Die CDU tritt für den sozialen Rechtsstaat ein, der etwas anderes ist als der reine Versorgungsstaat. Sie verkennt daher nicht die Schwierigkeiten einer durchgreifenden Verwaltungsreform, aber sie faßte das Problem an.

Gerade im Hinblick auf eine Verwaltungsreform hat die Union wiederholt den sozialdemokratischen Landesarbeitsminister aufgefordert, bei jeder Aufgabe der Wohlfahrtspflege und der sozialen Fürsorge zu prüfen, ob sie nicht eher von den Kräften der freien Gesellschaft, vor allem der freien Wohlfahrtsverbände erfüllt werden könne.

Der Steuerzahler kann mit Recht erwarten, daß die sozialen Leistungen des Bundes und der Länder mit einem möglichst geringen Aufwand an Verwaltungskosten in Anspruch genommen werden.

Schon bei der Beratung der Gesetze müssen die klaren Ziele und Grundsätze der Verwaltungsreform Pate stehen.

Was aber tat die auf Arnold folgende liberal-sozialistische Regierung auf dem so wichtigen Gebiete der Landesverwaltungsreform?

Die Regierung Steinhoff beschränkte sich auf eine Art Büroreform. Auch diese war von der CDU-Regierung vorbereitet worden. Daß die Berechnung von Versorgungs- und Besoldungsbezügen technisch vereinfacht und zusammengefaßt wurde, war ein erster Schritt, der ohne viel Aufhebens von der CDU getan wurde.

Aber schon vor Steinhoffs Regierungsantritt hatte auf Anregung der CDU der nordrhein-westfälische Landtagsausschuß für Verwaltungsreform beschlossen, das gesamte Versorgungs- und Besoldungswesen in einer zentralen Stelle zu konzentrieren und die Versorgungs- und Besoldungsbezüge im Lochkartenverfahren zu errechnen. Aber dann geschah nichts. Die CDU wird diese wichtige zentrale Landesbehörde verwirklichen.

Die CDU wird die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltung nicht nur verkünden, sondern sie durchsetzen. Zum Wohle der Verwaltung selbst und zur Entlastung der Steuerzahler!

Die sowjetischen und die europäischen Ideale sind so verschieden, daß jeder Sozialist gezwungen ist, sich zu entscheiden, für welche Lebensform er eintritt: ob er die europäische Tradition fortentwickeln oder vernichten will, — ob es sein Ziel ist, alle Europäer plötzlich in Proletarier zu verwandeln oder langsam in Bürger. *Coudenhove-Kalergi*

*

Den SPD/FDP-Hetzern in NRW ins Stammbuch:
Das Wort „Politik" hat seinen Ursprung im gleichen griechischen Wort, von dem sich das englische Wort „polite" gleich „höflich" herleitet.

C. Finanzen und Haushaltsplan

Landesfinanzpolitik

Unter der SPD/FDP-Regierung in NRW haben sich die Personallasten keineswegs verringert; die Sachausgaben für die Landesverwaltung wurden in den beiden Haushaltsjahren der liberal-sozialistischen Regierungszeit erheblich gesteigert.

Der nordrhein-westfälische Landeshaushalt 1958 ist ein Beweis für die unrichtige Finanzpolitik und Haushaltspolitik der SPD/FDP-Regierung und ihrer Parteien.

Dieser Haushalt nimmt keine Rücksicht auf die finanzpolitische Lage und auf den veränderten Kapitalmarkt: dieser Haushalt schöpft einfach die Einnahmemöglichkeiten aus Steuern restlos aus.

Neue Ideen, die der veränderten Lage entsprechen, wurden nicht gefunden. Eine nun mögliche Ausnutzung des Kapitalmarktes für den außerordentlichen Haushalt wurde nicht vorgenommen.

Ministerpräsident Steinhoff (SPD) und sein Vertreter und Finanzminister Weyer (FDP) übersahen,

1. daß die Gemeinden und Gemeindeverbände sich für ihre dem Bürger lebensnahe Aufgaben bis zum äußersten verausgaben und verschulden mußten. Durch die ansteigende finanzielle Abhängigkeit der Gemeinden vom Land hat diese Landesregierung die echte Selbstverwaltung eingeschränkt. Sie hat
2. den vom Bundestag beschlossenen Steuerverbund zwischen Land und Gemeinden bis zum letztmöglichen gesetzlichen Termin hinausgezögert und dann diesen Steuerverbund sehr unvollkommen in Vorschlag gebracht. Sie will
3. das Schulfinanzgesetz, das im Interesse der Volksschulen, der Berufsschulen und der weiterführenden Schulen dringend notwendig ist, erst in einigen Jahren (!) verwirklichen, obwohl gerade der jetzige SPD-Ministerpräsident Steinhoff, als er noch auf den Abgeordnetenbänken der Opposition saß, eine möglichst schnelle Verabschiedung wiederholt gefordert hatte.

Was hatten SPD und FDP der Landespolitik und der Landesfinanzpolitik unter der CDU-Regierung in NRW vorgeworfen?

1. Den sogenannten „zementierten" Haushaltsplan; er sei in seinen Ansätzen für die verschiedenen Landesaufgaben so unabänderlich festgelegt worden, daß dem Parlament und vor allen Dingen der Opposition keine Möglichkeit für wichtige Abänderungen und für dringende andere Aufgaben verblieben gewesen sei. Was warf man weiter vor?

2. Eine Deckung der Ansätze im außerordentlichen Haushalt durch Mehreinnahmen im ordentlichen Haushalt anstatt durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt! Man warf der CDU vor, sie habe den Kapitalmarkt — zugunsten der Wirtschaft, aber auch zur Vermeidung von Preissteigerungen — nicht in Anspruch genommen. Die CDU habe vielmehr den außerordentlichen Haushalt durch Mehreinnahmen des ordentlichen Etats finanziert und damit diese Überschüsse der Beschlußfassung des Parlamentes entzogen. Schließlich kritisierte die SPD vor allem

3. die Bindungsermächtigungen des Finanzministers mit Rücksicht auf kommende Haushaltsjahre. Die CDU-Regierung dachte über das Etatsjahr hinaus; sie hatte Mittel für die Rechnung kommender Haushaltsjahre bereits zur Vorplanung zur Verfügung gestellt. Das gefiel der Opposition nicht; sie meinte, auf solchem Wege könnten „politische Maßnahmen auf zu weite Sicht beeinflußt und gesteuert" werden!

Das waren die Vorwürfe.

Wo aber blieben auf diesen Gebieten die Taten der angeblichen „Frischen-Wind-Regierung" Steinhoff?

1. **Die von der SPD/FDP-Regierung vorgelegten Haushaltspläne 1957 und 1958 waren so fest zementiert und betoniert vorgelegt worden, wie sie es unter Arnold und der CDU als Regierungspartei nie gewesen waren!** Sie waren so unabänderlich formuliert und blockiert, daß sich parlamentarische Haushaltsberatungen überhaupt nicht lohnten.

2. Auch unter Steinhoff ist der außerordentliche Haushalt mit Mehreinnahmen aus dem ordentlichen Etat bestritten worden. Der FDP-Finanzminister Weyer bezeichnete das bei der Etat-Aussprache für 1958 als „das einzig Richtige"!
3. Die sogenannten Bindungsermächtigungen im Hinblick auf kommende Haushaltsjahre aber wurden vom FDP-Finanzminister Weyer und der SPD/FDP-Landesregierung verstärkt (!) fortgesetzt.

Die oppositionellen Vorwürfe waren Störungsversuche.

SPD und FDP setzten in Ermangelung von eigenen Ideen und von eigener Initiative die Landespolitik einfach fort. Eine neue CDU-Landesregierung wird die notwendigen Aufgaben besser anfassen, neue Gesichtspunkte berücksichtigen und für eine konsequente Durchführung sorgen.

Die von den Sozialdemokraten und ihrem Düsseldorfer FDP-Anhängsel wider besseres Wissen vielgeschmähte Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erlaubte es, in Nordrhein-Westfalen 1958 einen Haushaltsplan des Wohlstandes vorzulegen. Aber, Reichtum verleitet mitunter zu Übermut; leider konnte der Finanzminister (Weyer, FDP) dieser Versuchung nicht widerstehen . . . *Wilhelm Johnen*

*

Wir wollen keine liberalsozialistischen Abenteuer und Experimente,

wir wollen eine saubere und sparsame Verwaltung in Nordrhein-Westfalen!

Deshalb wählen wir in NRW die CDU!

D. Landwirtschaft und Ernährung

I. Agrarpolitik

II. Tbc-Pfennig

III. Tierärzte

Landwirtschaftspolitik

Die Ziele der CDU im Bund und in den Ländern sind auf agrarpolitischem Gebiet:

1. **Die verstärkte Förderung der Flurbereinigung in Zusammenarbeit mit wasserbaulichen Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur.**

2. **Eine stärkere Beteiligung des Staates an der Durchführung aller dringenden Maßnahmen.**

Erhöhung der Beihilfen, Zusammenfassung der Wasser- und Bodenverbände, Instandhaltung der Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung.

3. **Energische Förderungsmaßnahmen für die allgemeine Landwirtschaft.**

Leider sind die Ziele des jetzigen Landwirtschaftsministers in Nordrhein-Westfalen, Dr. Effertz (FDP), selbst heute, nach zweijähriger Regierungszeit, nicht klar zu erkennen. Der FDP-Minister kommt immer wieder mit seinen Kritiken am Bundes-Landwirtschaftsminister, weiß aber eigene realisierbare Vorschläge für die Verbesserung der Landwirtschaft in NRW nicht zu machen.

Die FDP-Bundestagsfraktion stellte sich auf den Standpunkt, die Agrarzölle müßten um 30 bis 40 Prozent gesenkt werden. Als die FDP mit der SPD noch in Bayern regierte, stellte sie im Bundesrat den Antrag, die Agrarpreise zu senken. Die aus der SPD, FDP und dem Rest des Zentrums bestehende derzeitige nordrhein-westfälische Landesregierung stimmte natürlich diesem Antrag zu. Man fragt sich nur: Wie will Minister Dr. Effertz (FDP-NRW) dann noch kostendeckende Preise verlangen?

Der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsetat für das Jahr 1958/1959 ist um rund 100 Millionen DM höher als im vergangenen Jahr. Man vergesse aber nicht, daß davon rund 95 Millionen DM durchlaufende Mittel aus dem Grünen Plan stammen, so daß auch in diesem Jahre der Landwirtschaftsetat in unserem Lande an der Erhöhung des Gesamthaushaltes, wie im vergangenen Jahre, kaum einen Anteil hat.

Die im außerordentlichen Etat veranschlagten 20 Millionen DM Siedlungsmittel wurden mit 10 Millionen DM im November 1957 freigegeben. Auf den Rest mußte man bis Mitte Februar 1958 warten.

Dadurch verzögerten sich wichtige Siedlungsmaßnahmen.
Die Finanzierung dringender wasserwirtschaftlicher Maßnahmen wurde auch für 1958 nicht sichergestellt. Im außerordentlichen Etat sind die ausdrücklich versprochenen 60 Millionen DM nicht enthalten. Der FDP-Landwirtschaftsminister macht es sich leicht und verweist die Kreditnehmer an die Banken. Allenthalben kann man feststellen, daß den kleinen Wasser- und Bodenverbänden wie den kleineren Gemeinden die Finanzierung wasserbaulicher Anlagen systematisch erschwert wird. Nach der Auflösung des Landessiedlungsamtes und der Kreissiedlungsämter versucht die CDU, auch hier eine organische Entwicklung zu fördern.

Tbc-Pfennig

Auch die Stellung der FDP zum Tbc-Pfennig ist kennzeichnend. Laut Gesetz verfügt der Staat, daß alle Rinderbestände von der Rindertuberkulose freizumachen sind. Hierfür mußte die deutsche Landwirtschaft ein überaus großes finanzielles Opfer bringen. Um dem Landwirt hierfür einen kleinen Ausgleich zugute kommen zu lassen, wurde seinerzeit unter Karl Arnold (CDU) der Tbc-Pfennig eingeführt, das heißt: Milch aus tbc-freien Beständen wurde mit einem Pfennig je Kilogramm als einer Art Prämie bedacht.
Entgegen der Ansicht des Bundesernährungsministers Dr. Lübke (CDU) vertrat der FDP-Finanzminister Weyer in NRW den Standpunkt, der Tbc-Pfennig könne in Nordrhein-Westfalen nicht mehr gezahlt werden; es seien im Etat dafür keine Mittel vorgesehen. FDP-Landwirtschaftsminister Dr. Effertz aber meinte, das Land habe — unter der Regierung Arnold! — für die Tbc-Bekämpfung genug getan . . .

Hilfstierärzte

Auch der Bedeutung und der Lage der Hilfstierärzte schenkt man in der SPD/FDP-Regierung in NRW wenig Beachtung. In diesem Jahre werden in den Landkreisen die Kosten der Hilfstierärzte für persönliche und sachliche Ausgaben nicht in vollem Umfang gewährt.
Hat der FDP-Landwirtschaftsminister dieses nicht unwichtige Aufgabengebiet einfach vergessen oder bringt sein Parteifreund im Finanzministerium dafür kein Verständnis auf?

Was unter den Regierungen Arnold für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen getan worden ist, spricht für sich. Ebenso sind die Förderungsmaßnahmen des Bundes zugunsten der Ernährungswirtschaft über jeden Zweifel und jede Kritik erhaben. Auf Veranlassung der CDU ist beispielsweise auch die Verbilligung der Schulmilch in NRW durchgesetzt worden. Die SPD/FDP-Regierung kann nicht umhin, die CDU-Forderung zu berücksichtigen, nach der diese so erfolgreich begonnene Aktion weiter ausgebaut wird.

*

Es ist aber noch manches zu tun, und die CDU wird darauf bestehen, daß noch wichtige landwirtschaftspolitische Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden:

Im Interesse der vertriebenen Landwirte und der nachgeborenen Bauernsöhne müssen die Siedlungsmaßnahmen, insbesondere die der Nebenerwerbssiedlung, zügig durchgeführt werden.
Der Wirtschafts-Wegebau muß gefördert werden.

Die Technisierung auf den Bauernhöfen und die damit verbundene Maschinenbenutzung erfordern ein gutes Wegenetz.

Der Förderung der Landjugend muß eine noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Zumal die Fachbildung der schon in der Landwirtschaft tätigen Landarbeiter und Familienarbeitskräfte sollte besser gefördert werden.

Für die Förderung des ländlichen Bauwesens hat die FDP/SPD-Regierung in NRW allzu bescheidene Zuschüsse genehmigt.

Es muß auf dem Lande besser, billiger und wirtschaftlicher gebaut werden. Das hat die CDU stets verlangt.

Zur Entlastung der Landfrau wird nicht genug getan.
Gerade in den kleinen und mittleren Betrieben entstehen durch den Mangel an Arbeitskräften besondere Schwierigkeiten zu Lasten der Bäuerin. Bei vermehrter Hausarbeit wird sie auch zu Feldarbeiten herangezogen. Leider haben FDP/SPD-Minister eine Erhöhung der Position für die Entlastungsmaßnahmen zugunsten der Landfrau weder vorgeschlagen noch veranlaßt.
Was die CDU für die Landwirtschaft tut, geht aus ihren Anträgen im Bundestag wie aus Maßnahmen des Bundeslandwirtschaftsministers (CDU) eindeutig hervor. So hat kürzlich die CDU/CSU-Fraktion im Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, den landwirtschaftlichen Betrieben — die in den letzten Monaten so schwere Ausfälle durch Witterungsschäden erlitten haben, daß eine ordnungsgemäße Fortführung der Betriebe in Frage gestellt ist — im Zusammenwirken mit den Landesregierungen schnellstens und in ausreichendem Maße finanzielle Hilfe in Höhe von etwa 20 Millionen DM Bundesmitteln zu gewähren. Ferner stimmte auf Antrag der CDU der Haushaltsausschuß des Bundestages zwei Regierungsvorlagen zu, durch die die Ansätze im laufenden Haushaltsjahr für Milch- und Düngemittel-Subventionen aufgestockt werden. FDP-Landesminister bekritteln diese Maßnahme!

Die CDU bürgt dafür, daß gerade im Lande-Nordrhein-Westfalen die Landwirtschaft niemals isoliert sein wird und daß ihr eine gesunde Entwicklung gesichert bleibt, mag es auch auf seiten der Liberalsozialisten an Verständnis hierfür mangeln.

Das vornehmste Ziel einer großzügigen deutschen Agrarpolitik ist aber das langsame Hineinwachsen unserer Landwirtschaft in den gemeinsamen europäischen Markt.

Ein Bauer denkt realistisch. Er erkennt die Leistungen und Bestrebungen der CDU gern an.

E
F
G
H
J
K
L

E. Wirtschaft und Verkehr

I. Grenzlandhilfe
II. Mittelstandspolitik
III. Ostwestfalenplan
IV. Verkehr

Grenzlandhilfe

Die Grenzlandkreise Schleiden, Monschau, Düren, Jülich, Aachen-Stadt und -Land, Heinsberg-Geilenkirchen, Erkelenz, Coesfeld, Moers, Kempen, Geldern, Kleve, Rees, Borken und Ahaus sind von einem verständlichen Gefühl der Dankbarkeit gegenüber der CDU erfüllt.

Als die SPD noch nicht das Problem begriffen und dem Plan einer Hilfsaktion für die Grenzgebiete heftigen Widerstand entgegengesetzte, führte die Union im Jahre 1947 das Werk der Grenzlandhilfe tatkräftig und konsequent durch.

Der Kölner CDU-Abgeordnete Dr. Leo Schwering, mit Karl Arnold Schöpfer und Initiator der Idee, wurde der erste Vorsitzende eines von der CDU ins Leben gerufenen Grenzausschusses. Dieser Grenzausschuß und das von Arnold errichtete Grenzlandreferat leisteten von Anfang an ganze Arbeit. In den ersten Jahren des Wiederaufbaus stellte das Land jährlich 32 Millionen DM zur Verfügung. Ein unvermeidliches Absinken dieser Mittel brachte 1955 Ministerpräsident Arnold bei 22 Millionen DM zum Stehen.

Das Elend im vollends zerstörten Grenzgebiet wurde dank dieser energischen CDU-Politik gebannt: Krankenhäuser, Altersheime, Jugendheime, Kindergärten, Kirchen, Theater und Schulen wurden aus Landesmitteln wiederaufgebaut. Mit verbilligten Krediten konnten industrielle Betriebe wieder arbeiten. Bundesbahn und Privatbahnen erhielten gleichfalls großzügige Kredite, mit denen Bahnhöfe wieder erbaut und Gleisanlagen erneuert werden konnten. Die Wegenot wurde behoben, der Landwirtschaft wurde geholfen. Aber nach all diesen Leistungen, die vornehmlich der Regierung Arnold zu danken sind, bewahrt auch in diesem Jahre und in naher Zukunft das Grenzland-Hilfsprogramm eine bezwingende Gültigkeit.

Als SPD/FDP im Februar 1956 die Macht in Nordrhein-Westfalen ausgehandelt hatten, blickten die Bewohner des Grenzgebietes mit Besorgnis und Unruhe nach Düsseldorf.

Sie erinnerten sich des anfänglichen sozialdemokratischen Widerstrebens in der Frage einer Hilfsaktion größeren Aus-

maßes. Und als im Juli 1957 der FDP-Wirtschaftsminister von NRW eine dunkle Rede gehalten hatte, verstärkte sich der Verdacht der Grenzlandbewohner. Gewiß, Steinhoff (SPD) versuchte die Bedenken zu zersteuen. Aber da tauchte im Etat 1958 plötzlich eine Bestimmung auf, nach der die Mittel des Grenzland-Fonds nicht allein für die Grenzkreise, sondern auch für sogenannte „grenznahe" Gebiete bestimmt seien.

Wenn man diese von der CDU sofort beanstandete Änderung nicht nachträglich streicht, kann eine in zehn Jahren erprobte Praxis durchbrochen werden: die Grenzlandhilfe darf nicht entwertet oder verringert, verfälscht, verwässert oder ausgeufert werden. Die SPD darf die Grenzkreise, vor allem die noch unter ausländischer Verwaltung stehenden Teile, keineswegs in ihren Ansprüchen benachteiligen. Seit Jahren hat der Grenzausschuß eine Erweiterung des Grenzgebietes im Rahmen des Hilfsprogramms abgelehnt. Was bliebe für die Grenzgebiete noch übrig, wenn noch zusätzliche Forderungen aus dem 22-Millionen-DM-Fonds befriedigt werden sollen!

Das Grenzgebiet hat in der CDU-Landtagsfraktion seinen treuesten Freund. Das mußten auch vor Jahr und Tag auf verschiedenen Kreistagen die Vertreter der SPD und FDP unumwunden zugeben. Aber noch eher erkannte es ihre damalige Gefolgschaft an.

Auch des Verkehrswesens im Grenzgebiet wird sich die CDU verstärkt annehmen. Der Bau neuer Autobahnen ist dringender denn je. Die Strecken Aachen—Köln und Oberhausen—Emmerich müssen endlich verwirklicht werden. Die neue Rheinbrücke zwischen Emmerich und Kleve ist längst fällig. Es fehlen noch die durchgehende Süd-Nord-Linie und die so wichtige Linie Kleve—Aachen—Trier.

Die CDU läßt auch hierin das Grenzland nicht im Stich.

Europa wird christlich sein oder es wird nicht sein.
August Winnig

Mittelstandspolitik

Auch Länder können Mittelstandspolitik treiben, wiewohl im wesentlichen der Bund mit seiner Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Arbeits- und Sozialpolitik bestimmend ist für eine Förderung des Mittelstandes.

Das Land Nordrhein-Westfalen kann an zwei Beispielen seine positive Einstellung zum Mittelstand beweisen — an der Errichtung eines Mittelstands-Institutes und an der Aktion der Mittelstands-Kredite —; beide Beispiele aber zeigen, daß die CDU den Mittelstand tatkräftig gefördert hat und fördert.

Auf einen im Landes-Mittelstandsausschuß der CDU Rheinland aufgekommenen Gedanken geht der 1952 erstmals bekanntgewordene Vorschlag zurück, an einer deutschen Universität ein Mittelstandsinstitut zu errichten. Das Institut soll die Struktur und Funktion der dem Mittelstand zugerechneten Wirtschaftskreise untersuchen und aufzeigen, unter welchen Mißhelligkeiten und Ungerechtigkeiten der gewerbliche Mittelstand in den letzten Jahrzehnten und Jahren zu leiden hatte. Man muß zuerst die Krankheiten erkennen, um später geeignete Heilmittel — mit Maßnahmen der Politik — verabreichen zu können. Die Regierung Arnold griff den Vorschlag der CDU sofort auf und traf alle Vorbereitungen zur Errichtung eines Mittelstandsinstitutes an den Universitäten Köln und Bonn, für das sich auch die Bundesregierung, vor allem das Bundeswirtschaftsministerium, stark einsetzte.

Aber die inzwischen ans Ruder gekommene Steinhoff-Regierung zeigte anfangs kein Interesse an dieser für den Mittelstand und seine Sorgen so wichtigen Einrichtung. Als schon im Bundes- und im Landeshaushalt die erforderlichen Mittel für das Institut als eine Stiftung des öffentlichen Rechtes gesichtert waren, verlangte der FDP-Finanzminister von NRW einen Sitz im Kuratorium und somit eine Änderung der Satzungen.

Die Versuche, das Gewicht der SPD/FDP-Landesregierung in der Institutsleitung zu verstärken und damit seine Unabhängigkeit zu bedrohen, wurden von der Bundesregierung rechtzeitig erkannt. Schließlich gab die FDP nach. Die Parität (drei Sitze

des Bundes, drei Sitze des Landes NRW im Kuratorium) wurde gerettet. Aber erst in diesen Tagen kann das vor fünfeinhalb Jahren von dem rheinischen Kaufmann Heinz Schmitz (CDU) ausgedachte Institut seine Arbeit an den Universitäten Köln und Bonn beginnen. Auch diese Verzögerung beweist, daß die FDP/SPD-Regierung in NRW die als gut und richtig erkannten Arnoldschen Maßnahmen sehr schleppend und immer unter Berücksichtigung parteiegoistischer Ziele durchführt.

Die FDP zumal war bemüht, aus diesem Institut ein parteipolitisches Instrument zu machen.

Die künftige CDU-Landesregierung wird das Institut fördern, seine Arbeiten mit Interesse verfolgen und aus ihnen geeignete Folgerungen für die volkswirtschaftliche und gesellschaftspolitische Stärkung des Mittelstandes ziehen.

Die CDU weiß dazu, daß auch die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft zumal im Lande Nordrhein-Westfalen ein brennendes Problem geblieben ist. Diese Kreditaktion ist das A und O einer durchgreifenden Konsolidierung der kleinen und mittleren Betriebe.

Schon während der Haushaltsberatungen 1955 stellte die CDU-Landtagsfraktion von NRW einen Änderungsantrag, der beträchtliche Zinsverbilligungs-Zuschüsse für die mittelständische Wirtschaft vorsah. Verhandlungen der CDU-Fraktion mit dem Finanzminister der Regierung Arnold führten zu der Bereitstellung eines Kreditbetrages von 50 Millionen DM. Als die CDU bei den Haushaltsberatungen 1956 weitere dringende Zinsverbilligungs-Zuschüsse für die Mittelstandswirtschaft, die vom alten CDU-Finanzminister bereits erneut vorgesehen waren, beantragte, winkten die SPD/FDP-Regierungsfraktionen in NRW deutlich ab.

Wie sich die Vertreter dieser Parteien zu dem Problem der Mittelstandshilfe stellen, kennzeichnen die Äußerungen zweier Abgeordneter. Der Landesinnungsmeister des Schmiedehandwerks, Nieswandt (SPD), wollte „das Unrationellste vom Unrationellen nicht subventioniert" wissen! Der Ingenieur Risse (FDP) aber sah in den staatlichen Zins-Subventionen „eine Gefahr für den Kapitalmarkt"!

So wurde der CDU-Antrag von der SPD/FDP-Regierungsmehrheit in Düsseldorf abgelehnt. Um aber den Mittelstand nicht vollends vor den Kopf zu stoßen, wiederholte die Steinhoff-Regierung wenigstens die von der Regierung Arnold eingeleitete Kreditaktion.

Sie tat es, weil die CDU-Vertreter in den zuständigen Landtagsausschüssen nicht locker ließen. Die CDU vertritt nach wie vor die Ansicht, daß der mittelständischen Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden muß, Eigenkapital zu bilden.

Die CDU in NRW arbeitet daher weiter energisch an einer gerechten Endlösung im Sinne einer krisenfesten Konsolidierung.

Ostwestfalenplan

Ein umfassender Plan zur Beseitigung der Notstände in der Stadt Bad Oeynhausen und in angrenzenden Gemeinden war nach vorausgegangenen erfolgreichen Einzelaktionen der CDU-Regierung im März 1955 von Karl Arnold angekündigt worden. Dieser Plan, der die wirtschaftliche und soziale Struktur in Ostwestfalen grundlegend verbessern sollte, wurde auf Betreiben der CDU hoffnungsvoll in Angriff genommen.

Es gelang der CDU, daß weitere 6-Millionen-DM-Kredite für den Plan flüssig gemacht werden. Aber die Union begnügt sich nicht mit diesen Maßnahmen. Die CDU will vor allem die kleineren Gemeinden Ostwestfalens stärker berücksichtigt sehen. **Die CDU will den Fremdenverkehr in Ostwestfalen energisch ankurbeln.**

Sie denkt an Beihilfen zum Ausbau und zur Modernisierung von Fremdenheimen und anderen Unterkünften. Die CDU erwägt auch die Niederlassung von industriellen Zweigbetrieben und die Errichtung von staatlichen Instituten im ostwestfälischen Gebiet. Auch der beschleunigte Bau der Autobahn Kamen—Kassel gehört zu den ostwestfälischen CDU-Forderungen.

Weder die SPD und erst recht nicht die FDP haben ernstlich versucht, die Notstände im Ostwestfalengebiet planmäßig zu beseitigen.

Verkehr

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr für das Land Nordrhein-Westfalen hat einen Zehn-Jahres-Plan für den Straßenbau ausgearbeitet und vorgelegt. In den Ausbauplan sind vor allem die Landstraßen erster Ordnung aufgenommen, die nach früheren Verkehrszählungen eine starke Belastung haben. Die CDU wird darüber wachen, daß bei den weiteren Beratungen keine Streichungen erfolgen.

Der Bau neuer Autobahnen, zumal im Grenzgebiet, gehört zu den alten Forderungen der Union.

Es überraschte in der Öffentlichkeit, daß die SPD/FDP-Regierung in NRW der Bedeutung der Elektrifizierung der Bundesbahn nicht die Beachtung schenken wollte, die sie verdient. Finanzminister Weyer (FDP) strich den von der Arnold-Regierung der Bundesbahn alljährlich zur Durchführung der Elektrifizierung im Lande gewährten 30-Millionen-Kredit. Der Bund solle für die weitere Finanzierung aufkommen.

Die Folgen einer Einstellung der bisher zügig fortgeschrittenen Elektrifizierungsarbeiten wären unübersehbar: Tausenden von Angestellten, Monteuren und Hilfsarbeitern sowie von Ingenieuren und Spezialisten müßte gekündigt werden. Eigens eingerichtete Baubüros, Baulager und Arbeitsplätze müßten aufgelöst werden . . .

Die Elektrifizierung der Bundesbahn zwischen Köln und Hamm wird aber wesentlich zu einer Verbesserung, einer Beschleunigung und einer Vereinfachung des Verkehrs in NRW führen. Die Elektrifizierung der Bundesbahn in NRW kommt vor allem den schaffenden Menschen, den Werktätigen zugute, die täglich zwischen ihrem Wohnort und ihrer Arbeitsstätte hin- und herpendeln müssen.

Die CDU läßt nicht locker. Sie verläßt sich nicht auf neue Versprechungen des Finanzministers (FDP, Weyer); sie besteht auf einer eindeutigen Sicherstellung der Finanzen für die ununterbrochene Durchführung des Elektrifizierungsprojektes!

F. Bildungswesen und Jugendpflege

I. Jugendpolitik
II. Landesjugendplan
III. Kulturpolitik
IV. Lehrerbildung
V. Lehrerbesoldung
VI. Privatschulen
VII. Schulgesetze
VIII. Wissenschaft und Forschung

Jugendpolitik

Die freie Wohlfahrtspflege ist durch Verstaatlichung und Kommunalisierung unter der derzeitigen SPD/FDP-Regierung bedroht. Die CDU geht bei der Beurteilung aller Beihilfsmaßnahmen von dem Grundsatz aus, daß eine gute Familienerziehung für das Kind besser ist als jede andere Ersatz-Erziehung.

Deshalb fordert die CDU: Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Elternbildung und Mütterschulung! Deshalb vertritt sie die Ansicht, daß Krippen und Krabbelstuben nur in unumgänglich notwendigem Umfang eingerichtet werden sollen. Kindergärten sind aber vor allem für Kinder arbeitender Mütter und für solche Kinder da, deren Erziehung gefährdet ist. Wir brauchen luftige Kindergärten, zumal in den Großstädten mit ihrem kargem Wohnraum und den lichtlosen Höfen, wir brauchen Kindergärten auch auf dem Lande, wo es viele kinderreiche Familien gibt und wo die häufig schwer arbeitende Bäuerin ohne Hilfe ist. Um so unverständlicher ist es, daß im Etat die Ausgaben für Kindergärten nicht erhöht werden sollten.

Wichtig ist für die Pflege der Jugend auch das Gesetz zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit, das erhöhte Anforderungen u. a. an die weibliche Kriminalpolizei stellt. Unbegreiflich ist es daher, daß im Stellenplan des Landes NRW 14 Stellen bei der weiblichen Kriminalpolizei neuerdings eingespart werden sollen. Auf der anderen Seite stellt man ein groteskes Anwachsen des sonstigen Personals bei den NRW-Landesbehörden fest, auf dieser Seite aber schränkt man durch „Einsparung" die sozialerzieherische Aufsicht ein!

Die CDU läßt sich in ihrer gesunden Familien- und Jugendpolitik nicht beirren. Sie glaubt nicht an die Allmacht der Staatsgewalt. Die CDU faßt die Arbeit für die Jugendwohlfahrt als menschliche Verpflichtung auf und ist vor allem auf die seelische Substanz der Familie bedacht.

Sie kann die liberal-sozialistischen Auffassungen in der Jugendpolitik nie gutheißen.

Landesjugendplan

Der Sinn eines Landesjugendplanes für Nordrhein-Westfalen bleibt: der Jugend zu helfen, die freien Jugendverbände zu fördern, Einrichtungen der Jugendpflege und der Jugendbildung ins Leben zu rufen oder die bestehenden Einrichtungen dieser Art finanziell zu unterstützen.

Dieser Plan geht auf einen Entschluß zurück, den Ministerpräsident Karl Arnold schon im Jahre 1950 anläßlich des Essener Jugendtages faßte. Schon der erste LJP (Landesjugendplan) fand im ganzen Lande und weit über Nordrhein-Westfalen hinaus Anerkennung, Zustimmung und bewundernden Beifall.

Alljährlich werden nach diesem Plan mehr als 20 Millionen DMark vom Lande NRW für die junge Generation zur Verfügung gestellt, zusätzlich zu allen normalen Ausgaben in den Einzeletats der Ministerien. Der Landesjugendplan umfaßt u. a. die Errichtung von Jugendfreizeitheimen, die Freizeitgestaltung der Jugend, die Jugenderholung, die Jugendbildung und Jugendbegegnung, die berufliche Förderung Jugendlicher, dann Zuschüsse an Jugendorganisationen im Lande NRW und schließlich staatspolitisch als bedeutsam erkannte Maßnahmen besonderer Art.

Der von einem CDU-Repräsentanten ins Leben gerufene nordrhein-westfälische Landesjugendplan wurde Vorbild für ähnliche Pläne in den übrigen Bundesländern, ein von ihnen unerreichtes Vorbild; denn der Vorsitzende des Bundesjugendringes bekannte erst kürzlich offen, daß von allen Bundesländern das Land Nordrhein-Westfalen den einzigen wirklichen Landesjugendplan habe.

Dieses geschichtliche Verdienst streiten auch die SPD und FDP Karl Arnold nicht ab. Die äußere Struktur des Planes ließen die liberal-sozialistischen Regierungsparteien in NRW bestehen, aber die Regierung Steinhoff schnitt sich aus dem 20-Millionen-DM-Etat durch Kürzung einiger wichtiger Positionen einen dicken Millionenbrocken heraus als „Dispositionsfonds für Sondermaßnahmen" zur Verfügung der Staatskanzlei . . . Dabei

geht es meist um Maßnahmen, die früher samt und sonders durch die entsprechenden Positionen im eigentlichen Landesjugendplan hätten gefördert werden können. Hat damit der amtierende SPD-Ministerpräsident in NRW das Funktionieren des LJP etwa beschleunigt oder gar vereinfacht, wie er es im LJP-Vorwort von 1956 versprochen hatte?

Das Gegenteil trat ein. Die freien Jugendverbände wurden zur wachsenden Mißstimmung ihrer Mitglieder in einen komplizierten bürokratischen Apparat eingespannt. Das Antrags- und Abrechnungsverfahren ist so umständlich, daß manche verwaltungstechnisch nicht so vorgebildete Jugendführer auf wichtige Veranstaltungen der Jugendpflege verzichten müssen.

Was bezweckt diese gewollte Bürokratisierung? Der Schöpfer des Landesjugendplanes, Arnold, hatte von Anfang an jede Reglementierung und Uniformierung abgelehnt und die Vorstellung von einer Staatsjugend oder von einer staatlich gesteuerten Jugend verworfen!

Jetzt aber werden nach dem von einem Sozialisten umgemodelten Plan die freien Jugendgemeinschaften, deren Arbeit sich vornehmlich auf ehrenamtliche und freiwillige Jugendführer stützt, zurückgedrängt.

Es macht sich auf diese Weise eine „amtliche" Jugendpflege dank den SPD-Ansichten breit. Der ursprüngliche Sinn des LJP wird so verfälscht. Dabei bedarf der Landesjugendplan jenes Geistes, der zur Zeit der CDU-Regierung in NRW waltete. Es stimmt nicht, daß alle neuen Maßnahmen in Übereinstimmung mit dem Landesjugendring getroffen worden seien. Es ist vielmehr so, daß bei den Sitzungen des Landesjugendringes die „Fachleute" der SPD/FDP-Landesregierung mit übergroßem Aufgebot erschienen, um auf diese leichte Weise ein Übergewicht über die Vertreter der freien Jugendarbeit zu erlangen. **Die CDU wird in Zukunft auf die Grundprinzipien des LJP zurückkommen, ihn aber, wenn und wo es nötig ist, den Anforderungen der Zeit entsprechend zu modernisieren, aber nicht zu bürokratisieren wissen!**

Das geschieht um der Jugend, aber auch um der Familie willen!

G
H
J
K
L

Kulturpolitik

Das Kultusministerium in Düsseldorf betreut das gesamte Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen in den Schulen, Hochschulen, Universitäten, Berufsschulen, in den Museen und Sammlungen, in der Natur-, Kunst- und Altertums-Denkmalspflege, in den Archiven und Bibliotheken, in der Förderung von Kunst und Wissenschaft, in der Jugendpflege und in der Lehrerbildung.

Auf kulturellem Gebiet sind die Länder vom Bunde unabhängig, sie sind autonom. Das Kultusministerium eines Landes hat daher eine besonders große Bedeutung für das geistige und moralische Niveau der Landesbevölkerung.

Die CDU ist ihrem ganzen Wesen nach für eine wahrhaft christliche Kulturpolitik. „Abendländische Kultur und christliche Kultur sind eins, Europa gleich Christentum", sagte der Schweizer Kulturphilosoph de Reynold. „Alle wahre Kultur kommt vom Christentum", erklärte Cortes. Diese Maximen großer europäischer Geister werden von Sozialisten und Freidenkern nicht anerkannt.

Im Lande von Nordrhein-Westfalen lebt eine gläubige christliche Bevölkerung, die nach Tradition und Instinkt Gottlosentum und Kirchenfeindlichkeit ablehnt.

In der Kulturpolitik gibt es zwischen liberalsozialistischer und christlich-demokratischer Auffassung unüberbrückbare Gegensätze. Da ist vor allem die Frage der christlichen Erziehung unserer Jugend, die Frage der Bekenntnisschule. Es ist zugleich die Frage der Wahrung des Elternrechtes. *)

Im Schulgesetz von NRW hat die CDU das Elternrecht fest verankern können. Als die in der kulturpolitischen Haltung meist einiggehenden Sozialdemokraten und Freidemokraten vor zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen die Regierung antraten, war das Schlimmste zu befürchten.

*) Unter Elternrecht versteht man das Recht der Eltern, die Erziehung ihrer Kinder bei der Wahl der weltanschaulichen (Konfessions-)Schule zu bestimmen. Elternrecht ist das Recht, die Ausbildungsstätte frei zu wählen. S. 11

G
H
J
K
L

Aber selbst eine FDP/SPD-Koalitionsregierung kann nicht von heute auf morgen und auch nicht nach zweijähriger Amtstätigkeit den christlichen Kultureinfluß systematisch aufheben. Sie vermag ihn höchstens zu verwässern, aufzuweichen und zu gefährden. Sie kann es in der Schulpolitik und in der Personalpolitik versuchen, sie kann kirchlich-caritativen Einrichtungen wie Krankenhäusern, Kinderhorten und Kinderheimen und Altersheimen die staatlichen Zuschüsse verweigern oder schmälern.

Nach außen hin können sich Sozialisten christlich, Liberale kirchlich, Freidenker sogar konfessionell gebärden, wie es aber in ihrem Innern und mit ihrem wirklichen Wollen aussieht, verraten sie nur selten.

Wie sich das FDP-Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen in einigen Fragen der Kulturpolitik verhielt, soll in Sonderabschnitten dieses Abrisses untersucht werden.

Eines ist sicher: am ehesten gewährleistet die CDU eine wahre christliche Kulturpolitik, nur die CDU bürgt für die Freiheit der christlichen Erziehung unter Wahrung des Elternrechtes!

Lehrerbildung

Auch in der Frage der Lehrerbildung mußte sich in NRW die CDU immer wieder mit der SPD und FDP auseinandersetzen. Bei den ersten Verfassungsberatungen ging es darum, ob die Volksschullehrer auf Universitäten studieren sollten oder ob ihre Ausbildung auf eigenständigen Pädagogischen Hochschulen beibehalten und weiterentwickelt werden sollte.

Die CDU blieb auf Grund der guten Erfahrungen und Ergebnisse eine Vorkämpferin für die eigenständigen Pädagogischen Hochschulen. Denn: gerade die Volksschule erfordert echte Pädagogen, Jugendbildner und keine bloßen Wissenschaftler. Zudem setzen die von den Eltern verlangten evangelischen und katholischen Schulen eine Ausbildung der Lehrer auf bekenntnismäßiger Grundlage voraus.

Der Neubau der Pädagogischen Akademien wurde unter der Regierung Arnold begonnen und bis heute zum größten Teil abgeschlossen. Von der Regierung Arnold war ferner vorgesehen worden, das Studium an diesen Pädagogischen Akademien von vier auf sechs Semester zu verlängern; auch hier führte die Regierung Steinhoff nur die von der Regierung Arnold gefaßten Pläne durch.

Gestört wurde jedoch von der SPD/FDP der systematische innere Ausbau der Pädagogischen Akademien. Unter Steinhoff (SPD) tauchte wieder der Gedanke auf, die Ausbildung der Volksschullehrer auf die schon so sehr überfüllten Universitäten zu verlagern. FDP-Kultusminister Luchtenberg scheint an einer inneren Stärkung des wissenschaftlichen Niveaus der Pädagogischen Akademien nicht sonderlich interessiert zu sein. Diesen wichtigen Lehrerbildungsanstalten werden systematisch neue Lehrstühle versagt.

Dank SPD/FDP blieb also die Frage der Lehrerbildung in Nordrhein-Westfalen in der Schwebe.

Lehrerbesoldung

Auf der Vertreterversammlung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften — in ihm sind 12 000 von den 34 000 Volksschullehrern des Landes NRW organisiert — griff die Gewerkschaft den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Steinhoff und seinen FDP-Kultusminister Luchtenberg wegen der unzulänglichen Lehrerbesoldung scharf an.

In dieser Versammlung (9. und 10. April 1958) wurde festgestellt, daß sowohl Steinhoff (SPD) wie Luchtenberg (FDP) und der Finanzminister von NRW Weyer (FDP) ihre Versprechungen gegenüber der nordrhein-westfälischen Volksschullehrerschaft nicht gehalten haben.

Es wurde der SPD/FDP-Regierung in NRW vorgehalten, daß die beiden noch von der Regierung Arnold eingebrachten Schul-

gesetze bisher nicht verabschiedet worden sind. Die Lehrer sind zumal über die Erklärung des FDP-Finanzministers Weyer bitter enttäuscht, eine grundlegende Besoldungsreform für die Lehrer, wie sie die CDU stets vorgesehen und betrieben hat, sei „zur Zeit unmöglich"!

Der Vorsitzende des Kulturausschusses des NRW-Landtages, Abg. Dr. Hofmann (CDU), konnte darauf verweisen, daß das im Jahre 1954 von der CDU eingebrachte Lehrerbesoldungsgesetz das Land Nordrhein-Westfalen an die Spitze aller Länder in der Lehrerbesoldung gestellt hatte.

Der neue Regierungsentwurf der SPD/FDP-Regierung verweist in NRW die Lehrer auf den letzten Platz von allen Bundesländern. Eine grundsätzliche Besserstellung der Lehrer ist darin überhaupt nicht vorgesehen!

Die CDU wird all das auch in Nordrhein-Westfalen nach den Wahlen energisch wieder in Angriff nehmen. Die liberal-sozialistische Auffassung von der kulturellen Bedeutung der Lehrerschaft auf der einen und von ihrer wirtschaftlichen Lage auf der anderen Seite ist bezeichnend.

Ebenso vielsagend ist die Tatsache, daß auch auf diesem Teilgebiet die SPD/FDP-Regierung ihre Versprechungen nicht gehalten hat.

Jugend ist wie Most, der läßt sich nicht halten, er muß vergären und überlaufen. So will die Jugend sich auch immer sehen lassen und etwas vor anderen sein. *Luther*

*

Der Volksschullehrer darf in der Gemeinde nicht der Vertreter der Regierung sein, er muß in ihr der Vertreter der Menschheit sein. Er muß die Vertretung der Kultur versehen. Er kann nicht die Vertretung der Politik übernehmen, weil er die beiden Vertretungen nicht gleichzeitig wahrnehmen kann.

Charles Peguy

Privatschulen

SPD und FDP vertreten einmütig das Vorrecht der öffentlichen Schule, deren Träger Land und Gemeinden sind.

Die CDU verteidigt die rechtliche Sicherung der Privatschulen gemäß dem Bonner Grundgesetz, der Landesverfassung von NRW und dem ersten Gesetz zur Ordnung des Schulwesens von 1952.

Das Weiterbestehen dieser Privatschulen entspricht

1. dem demokratischen Grundsatz der Freiheit des Unterrichtes,
2. dem Elternwillen weiter Bevölkerungskreise im Lande,
3. den bewährten Leistungen auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtes dieser Schulen und
4. der in der christlichen Tradition begründeten kulturellen Vergangenheit Nordrhein-Westfalens.

Warum verfechten FDP und SPD die Monopolstellung der öffentlichen Schulen? Warum wollen beide Parteien die Privatschulen trotz der rechtlich gesicherten Grundlage nur als „Ausnahme" von Fall zu Fall zulassen und dulden?

Die SPD will die Privatschule in erster Linie als „pädagogische Versuchsschule" gelten lassen, während die FDP die Privatschule erst nach Prüfung der „örtlichen Bedürfnisfrage" genehmigen lassen will.

Die während der drei Regierungen Arnold getroffenen Maßnahmen zugunsten des privaten Schulwesens wurden von FDP und SPD ablehnend kritisiert. Diese Parteien verschwiegen aus ihrer grundsätzlichen, weltanschaulich bedingten Abneigung heraus die geringe Zahl der Privatschulen, und die finanziellen Zuwendungen wurden, um ein unrichtiges Bild zu geben, niemals im Vergleich zu den entsprechenden Aufwendungen für öffentliche Schulen genannt.

In Nordrhein-Westfalen gab es im Mai 1956 von rund 8600 Schulen etwa 410 Privatschulen, das sind 4,76 Prozent. (Davon waren 250 private Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen und 160 Privatschulen allgemeinbildenden Charakters, also Volksschulen, Realschulen und Gymnasien; 33 private

Volksschulen waren in Kinderheimen und 120 Realschulen und Gymnasien waren zu neun Zehntel von konfessionellen Trägern geführt. Von den 250 privaten Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachschulen waren rund 100 von nicht-konfessionellen Trägern geführte handwerkliche und gewerbliche, landwirtschaftliche und kaufmännische Schulen. Rund 150 waren konfessionelle Ausbildungsanstalten für Krankenpflegerinnen, Säuglingsschwestern und Kindergärtnerinnen.)

Für den Wiederaufbau der 160 allgemeinbildenden Privatschulen wurden in den Jahren 1948 bis 1956 unter den Regierungen Arnold aus Landesmitteln 13 Millionen DM als Darlehen und Zuschüsse gegeben, während für öffentliche Schulen in der gleichen Zeit zur Beseitigung von Kriegsschäden über 900 Millionen DM — nicht als Darlehen, sondern nur als verlorene Zuschüsse! — verausgabt wurden.

Immer wieder setzten FDP und SPD, zuletzt im Spätherbst 1956 im Kulturausschuß des Landtages, den Darlehen für die Privatschulen starken Widerstand entgegen.

Wie erschweren FDP und SPD weiterhin die Existenz und die Arbeit der Privatschulen? Sie komplizieren das Genehmigungsverfahren für neue private Schulen. Sie versuchen stets aufs neue, das Ansehen solcher Schulen zu schmälern. Sie weigerten sich nach der „Machtübernahme" in NRW die schon von Kulturminister Schütz dem Kulturausschuß vorgelegte Rechtsverordnung über Genehmigung und Organisation der Privatschulen zu verabschieden. Sie erhoben vor allem gegen die gleiche Berufsbezeichnung für die Lehrkräfte an Privatschulen wie an öffentlichen Schulen Bedenken. Sie streiten den Lehrkräften an Privatschulen trotz ihrer gleichen Vorbildung, Eignung und Leistung die sonst üblichen Berufsbezeichnungen wie Studienrat, Gewerbeoberlehrer, Diplomhandelslehrer, Oberstudiendirektor einfach ab. Nach Ansicht der SPD und der FDP sind diese Bezeichnungen nur für Beamte im öffentlichen Schuldienst zutreffend. Auch das unterscheidet das seit zwei Jahren liberalsozialistisch regierte Land Nordrhein-Westfalen von anderen Ländern in der Bundesrepublik, die auch den Privatschul-Lehrkräften die ihnen zukommende Berufsbezeichnung geben.

G
H
J
K
L

Oft wird von den Gegnern der Privatschulen behauptet, es läge kein örtliches Bedürfnis vor. Parteipolitische Mehrheiten in den einzelnen Gemeinden beanstanden, wenn SPD und FDP vorherrschen, die ihnen durch die Rechtsverordnung auferlegte Pflicht, Zuschüsse für Privatschulen zur Verfügung zu stellen und sich an Verfahren zur Deckung etwaiger Defizite zu beteiligen.

Also auch hier treffen sich SPD und FDP in dem gemeinsamen Verlangen, zu zentralisieren, zu kommunalisieren und zu verstaatlichen. Sie leugnen den Grundsatz von der Freiheit des Unterrichtes!

(Zu dem liberalsozialistischen Hinweis, die als Gemeinschaftsschule eingerichtete staatliche Schule sei doch christlich.) Das Wort „christlich" täuscht nämlich. Was in den zahlreich vorliegenden Ausführungen über diese Schulart als „christliche Erziehung" ausgegeben wird, ist im innersten Kern verschieden von dem, was bekenntnisgläubige Katholiken darunter verstehen.

Kardinal Frings

G
H
J
K
L

Schulgesetze

In Nordrhein-Westfalen wurden die Grundlinien des Schulwesens in der Verfassung von 1950 umrissen und von den wahlberechtigten Staatsbürgern verpflichtend für die Schulgesetzgebung im einzelnen anerkannt.

Das erste auf dieser Verfassung aufbauende Gesetz zur Ordnung des Schulwesens wurde 1952 — bezeichnenderweise gegen die Stimmen der SPD und FDP — verabschiedet. Es trägt die Unterschriften von Karl Arnold und Christine Teusch. Grundgedanke dieses Gesetzes ist das Elternrecht, die Erziehung ihrer Kinder und damit auch den weltanschaulichen Charakter der Volksschulen zu bestimmen.

Das Gesetz schuf eine erzieherische Gemeinschaft zwischen Eltern und Lehrern in Form von sozialpädagogischen Schulpflegschaften.

Das Gesetz regelt die Einzelheiten der elterlichen Entscheidung zwischen einer katholischen oder evangelischen Volksschule und der Gemeinschaftsschule.

Das Gesetz garantiert den Religionsunterricht und sichert die sich ebenfalls aus dem Elternrecht ergebende Privatschule.

Das Gesetz läßt also keinen anderen als die Eltern der Kinder selbst über den weltanschaulichen Charakter der Volksschule entscheiden nach dem Grundgesetz freiheitlicher Demokratie. Ende 1955 legten Ministerpräsident Arnold und Kultusminister Schütz (CDU) die Entwürfe eines Schulverwaltungsgesetzes vor. Diese beiden Entwürfe übernahm die Regierung Steinhoff (SPD/FDP), reichte aber in der Frage der Schulaufsicht über die Höheren Schulen einen abweichenden Entwurf nach.

In der Frage der kommunalen Schulausschüsse, in denen nach dem CDU-Antrag Lehrer und Eltern Sitz und Stimme erhalten sollten, verhielten sich FDP und SPD ablehnend. Nur über die Parteien sollten Eltern und Lehrer in diesen Ausschüssen zum Zuge kommen!

Zwar bekannte sich das Kabinett Steinhoff als Regierung zum ersten Schulgesetz, aber die hinter der Regierung stehenden

Parteien SPD und FDP behielten sich eine endgültige Stellungnahme vor.

SPD/FDP lehnen die Einlehrer-Schule und die wenig gegliederte Schule ab.

SPD/FDP verfolgen das Ziel, die Gemeinschaftsschule allgemein einzuführen. Das beweisen die Schulkämpfe in anderen Bundesländern.

SPD/FDP wagten jedoch — angesichts der Sicherung des Elternrechtes durch die NRW-Landesverfassung, angesichts der Stärke der CDU und nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen — bisher keine Änderung des ersten Schulgesetzes!

Aber es gibt Hunderte von Beispielen, die erhärten, daß die Vertreter dieser beiden Parteien in vielen Gemeinden und Städten, wenn sie die Mehrheit besitzen, die Durchführung des Elternrechts erschweren oder gar sabotieren. *)

In mehreren Fällen mußten Eltern sogar Klage vor den Verwaltungsgerichten führen, um ihre Rechte durchzusetzen.

So sieht es in Wahrheit um die angebliche liberalsozialistische Toleranz in den Kommunen aus!

Auch daraus geht hervor: einzig die CDU wacht über das Recht der Eltern, die religiös-weltanschauliche Erziehung ihrer Kinder im Elternhaus wie in der Schule zu bestimmen.

Gerade die Frauen und Mütter unseres Landes wissen dafür der großen christlichen Gemeinschaftspartei, der Union, ihren Dank.

*) Über die ROTE POLITIK IM RATHAUSSPIEGEL hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen im März 1958 unter dem Titel **„Wenn sie an der Macht sind"** eine umfassende Tatsachen-Sammlung herausgegeben. Die Ziele und Methoden der SPD und FDP werden auf Grund der Erfahrungen in den Gemeinden und Gemeindeverbänden Nordrhein-Westfalens aufgedeckt und beleuchtet. Man wende sich an die Landesgeschäftsstelle der **Kommunalpolitischen Vereinigung in Recklinghausen,** Limperstraße 40, oder an den Kommunal-Verlag Recklinghausen, Tel. 2 30 91.

G
H
J
K
L

Wissenschaft und Forschung

Unter der Regierung Arnold und den Kultusministern Teusch und Schütz (und nicht unter dem Epigonen im Kultusministerium von NRW, dem FDP-Minister Prof. Dr. Luchtenberg) hat das Land Nordrhein-Westfalen sein kulturelles Gepräge erhalten, und zwar in den Jahren eines bewundernswerten Aufstiegs und eines zielsicheren Aufbaus auf allen Gebieten, von 1947 bis 1956. Unter der Regierung Arnold wurden 80 Prozent der zerstörten Universitäten und Hochschulen, Institute und Bibliotheken mit einem Aufwand von rund 376 Millionen DM wieder aufgebaut.

Als erstes Land der Bundesrepublik schuf NRW Planstellen für „Wissenschaftliche Räte", die eine wesentliche Entlastung für die Professoren der Hochschulen versprechen. Gerade die Regierung Arnold hatte dafür gesorgt, daß Bund und Land wieder den geistigen Anschluß fanden an das Ausland. Bei seinem Regierungsantritt mußte der SPD-Ministerpräsident Steinhoff immer wieder seine Verbeugungen vor Karl Arnold erneuern. Er mußte es auch bei dem Thema „Wissenschaft und Forschung" tun mit den Worten: „Die von meinem Amtsvorgänger dankenswerterweise gegründete ‚Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen' soll ohne Änderung ihrer Arbeitsweise und Organisation weitergeführt werden."

Aber die bloße „Weiterführung" von Arbeitsgemeinschaften und Arbeitsprozessen genügt auch auf wissenschaftlichen Gebieten nicht. Eigene Ideen und eigene Initiative dürfen auch hier nicht fehlen. Die CDU wünscht, daß auch diese Aufgaben in NRW energischer behandelt und „weitergeführt" werden. Vor allem:

— die beschleunigte Durchführung aller Baupläne an den Hochschulen und Forschungsinstituten unseres Landes
— die Vermehrung der Lehrstühle und der wissenschaftlichen und technischen Hilfskräfte,
— die bessere Sicherstellung des Hochschullehrer-Nachwuchses,
— die Verstärkung der sozialen Maßnahmen für die förderungswerten Studierenden, für die Söhne und Töchter minderbemittelter Familien.

G. Rechtspflege

I. Rechtsprechung

II. Strafvollzug

Rechtsprechung

Die CDU im Lande Nordrhein-Westfalen hat unter der Führung Karl Arnolds die **Verwaltungsvereinfachung** auf ihre Fahne geschrieben. Nicht minder wichtig als die Verwaltung ist für den Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates die Rechtsprechung.

Hier herrscht leider noch eine unerfreuliche Zersplitterung. Der Ruf nach einer Vereinfachung und Zusammenfassung wird mit Recht immer lauter. Er ist auch vom Deutschen Juristentag 1957 in Düsseldorf erhoben worden. Die CDU als größte, staatstragende Partei kann sich diesem Problem nicht verschließen.

Worum handelt es sich?

Wir haben zur Zeit in Deutschland fünf verschiedene Zweige der Gerichtsbarkeit mit folgenden Gerichten in der unteren und der Mittelinstanz: die **ordentliche Gerichtsbarkeit** mit den Amts-, Land- und Oberlandesgerichten, die **Verwaltungsgerichtsbarkeit** mit den Landesverwaltungs- und Oberverwaltungsgerichten, die **Finanzgerichtsbarkeit** mit den Finanzgerichten, die **Arbeitsgerichtsbarkeit** mit den Arbeits- und Landesarbeitsgerichten und die aus den Versicherungsämtern hervorgegangene **Sozialgerichtsbarkeit** mit den Sozial- und Landessozialgerichten. Jeder dieser verschiedenen Zweige der Rechtsprechung hat einen besonderen obersten Gerichtshof: die ordentliche Gerichtsbarkeit den Bundesgerichtshof in Karlsruhe, die Verwaltungsgerichtsbarkeit das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, die Finanzgerichtsbarkeit den Bundesfinanzhof in München, die Arbeitsgerichtsbarkeit das Bundesarbeitsgericht in Kassel und die Sozialgerichtsbarkeit das Bundessozialgericht, das seinen Sitz ebenfalls in Kassel hat.

Ebenso verschieden wie der Aufbau der einzelnen Zweige der Rechtsprechung ist auch ihre ressortmäßige Unterstellung: Nur die ordentlichen Gerichte gehören beim Bund und bei den Ländern zum Ressort des Justizministers. Die Verwaltungsgerichte gehören beim Bund zum Geschäftsbereich des Innenministers, in den Ländern teils zum Geschäftsbereich des Ministerpräsi-

denten, teils zu dem des Innenministers. Die Finanzgerichte gehören im Bund und in allen Ländern zum Ressort des Finanzministers. Die Arbeitsgerichte unterstehen im Bund und in den Ländern dem Arbeitsminister.

Die Aufspaltung der Rechtsprechung und die damit verbundene Unterstellung der einzelnen Gerichtszweige unter verschiedene Ressorts haben zu einer Zersplitterung des Gerichtsverfassungs-, Richter- und Verfahrensrechts geführt, die nicht nur die rechtsuchenden Bürger, sondern auch die Rechtsanwälte vor nahezu nicht zu lösende technische Schwierigkeiten stellt. Zu diesen technischen Schwierigkeiten kommen noch weitere Nachteile: **Die Rechtsprechung hat die Aufgabe, die Staatsmacht und die Einzelinteressen im richtigen Gleichmaß zu halten. Dieser Aufgabe kann sie nur gerecht werden, wenn ihre Unabhängigkeit gestärkt und betont wird. Die Unterstellung der verschiedenen Zweige der Rechtsprechung unter die entsprechenden Ressortministerien bringt zwangsläufig eine Schwächung der rechtsprechenden Gewalt mit sich.**

Die verschiedenen Zweige der Rechtsprechung werden zu einer „Hausgerichtsbarkeit" des zuständigen Ministers. Die Richter und ihre Dienstvorgesetzten werden, was die Unabhängigkeit der Rechtsprechung anbelangt, einfach überfordert. Außerdem bildet sich auch in der Richterschaft ein Spezialistentum heran, das „von immer weniger immer mehr" versteht. Das alles ist einem gedeihlichen Funktionieren unseres Staatswesens durchaus abträglich. Wir brauchen souveräne, umfassend gebildete Richterpersönlichkeiten, die sich unabhängig vom Wohlwollen anderer Staatsgewalten fühlen.

Es geht nicht darum, nunmehr kurzerhand „Einheitsgerichte" zu schaffen. Die Belange der verschiedenen Rechtsprechungszweige, namentlich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, müssen gewahrt bleiben. Möglich ist aber eine Unterstellung aller Zweige der Rechtsprechung unter ein einheitliches „Rechtsprechungs-" oder „Rechtspflegeministerium". Dadurch würde vermieden werden, daß sich die verschiedenen Zweige der Rechtsprechung noch weiter auseinander entwickeln; die Un-

H
J
K
L

abhängigkeit der Gerichte gegenüber der Verwaltung würde so gestärkt werden.

Hier müßte Nordrhein-Westfalen als das größte Bundesland wegweisend sein. Die CDU wird im Interesse einer zweckmäßigen und vernünftigen Gestaltung unseres Rechtsstaates die Bestrebungen um eine straffere Zusammenfassung der Rechtsprechung wirksam unterstützen.

Strafvollzug

Auf dem Gebiete der Rechtspflege erwächst als schwerwiegendes Problem die steigende Kriminalität.

Zwar sind in Westdeutschland Kapitalverbrechen wie vollendeter Mord oder Totschlag in der Zahl zurückgegangen, aber die Gesamtzahl von Straftaten ist seit einigen Jahren im Steigen begriffen.

Mit ihrer erst kürzlich bekanntgegebenen Strafrechtsreform will die Bundesregierung Maßnahmen vorschlagen, von denen sie sich einen allgemeinen Rückgang der Verbrechen und Vergehen erhofft. Für das Rechnungsjahr 1958 muß in den Vollzugsanstalten des Landes Nordrhein-Westfalen mit einer durchschnittlichen Belegung von 18 900 Gefangenen gerechnet werden. (1957 waren es 15 300, 1956 14 400 Gefangene.) Das Motiv der Not kommt heute weniger in Betracht; viele Vergehen sind auf Genußsucht, Mißachtung der Menschenwürde, Einflüsse der Schmutz- und Schundliteratur und auf die stark angestiegene Motorisierung des Verkehrs zurückzuführen. Milde in der Ahndung dieser Vergehen ist falsch verstandene Humanität.

Die neue Strafrechtsreform des Bundesjustizministers Dr. Schäffer wird sich auch auf die Landesjustiz in Nordrhein-Westfalen und den Strafvollzug auswirken.

H
J
K
L

H. Wiederaufbau und Flüchtlingshilfe

I. Baracken

II. Heimatvertriebene

III. Wohnungsbau

Baracken

Ein unerfreuliches Kapitel, das sowohl den Wohnungsbau wie die Hilfsmaßnahmen für die Vertriebenen und Flüchtlinge betrifft, sind das Vorhandensein und der Bau unwürdiger Notunterkünfte; es ist das Kapitel der Baracken.

Es gab eine Zeit, da ein plötzlicher breiter Strom von Flüchtlingen den provisorischen Barackenbau bedingte. Heute haben Baracken keine Daseinsberechtigung mehr.

Bundeswohnungsbauminister Lücke (CDU) und Bundesvertriebenenminister Oberländer (CDU) haben Ende Februar 1958 den Bau von sogenannten „Schlicht-Wohnungen" oder „Übergangsheimen" von mehr oder weniger barackenähnlichen Gebilden als eine „Sünde wider die Vernunft" und als eine unnötige und kostspielige Übergangslösung bezeichnet.

Das unter dem Sozialdemokraten Hemsath stehende nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialministerium aber bezeichnete Anfang März die Bereitstellung von 23 neuen Übergangsheimen (sprich Baracken) als einen „erfreulichen Erfolg". Auch hierin scheiden sich Geister und Auffassungen.

Die Bundesministerien wie die CDU appellierten wiederholt an die SPD/FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen:

Räumt möglichst schnell die Lager!

Brecht endlich die menschenunwürdigen Behelfsunterkünfte und Baracken ab!

Stellt die Übergangslösungen ein!

Denn: Massenquartiere sind Brutstätten sozialer Nöte. Sie widersprechen dem obersten Gebot der christlichen Soziallehre wie den eindeutigen Forderungen des Grundgesetzes. Selbst Heime, die wie die soeben in NRW eingerichteten Übergangsheime mit je hundert Personen belegt werden sollen, sind keine familiengerechten Wohnungen, sondern barackenähnliche Provisorien.

Baracken und Notunterkünfte sind auf längere Sicht teurer als feste, menschenwürdige Neubauten!

Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler gehören nicht für Monate um Monate in Baracken, sondern in Wohnungen, die die Bezeichnung „Heime" auch wirklich verdienen.

Auch das ist eine Forderung der CDU.

Heimatvertriebene

Die Regierung Arnold hat im Rahmen der Bundespolitik stets eine umfassende Hilfe den Vertriebenen und Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen angedeihen lassen. NRW hat seit 1945 den größten Anteil der vertriebenen und geflüchteten deutschen Menschen aufgenommen.

Großzügige und verständnisvolle Maßnahmen wurden durchgeführt. Schon vor dem Bundes-Vertriebenengesetz hatte die Regierung Arnold das Landes-Vertriebenengesetz veranlaßt. Zumal in der Ausbildung der Kinder und Jugendlichen wurde viel geleistet: aus Landesmitteln wurden zusätzliche Ausbildungsbeihilfen zur Verfügung gestellt. Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung wurde zielsicher betrieben.

In den beiden letzten Jahren, nach dem Regierungssturz, kürzte die SPD/FDP-Regierung in NRW die Mittel und schränkte den Personenkreis ein. Die von der Regierung Arnold eingeleitete Kreditmittel-Aktion hat sich als segensreich erwiesen. Sie muß fortgesetzt werden und auch den Spätaussiedlern, die bis jetzt in Ostdeutschland ausharrten, zugutekommen.

Das von der CDU so stark geförderte Gesetz über die „Grunderwerbssteuer-Befreiung für Vertriebene" wurde leider erst spät, in diesem Jahre, verabschiedet. Mit diesem Gesetz werden Vertriebenen, die Grundbesitz besessen hatten und ihre Entschädigung, nach dem Lastenausgleichsgesetz, beim Neuerwerb

Die SED gedenkt, zusammen mit der SPD und dem DGB in der Bundesrepublik, die kommunistische Herrschaft über ganz Deutschland zu verwirklichen.
SED-Funktionär Hermann Matern (Pankow)

J

K

L

eines Grundstücks für Steuern hingeben mußten, nun unbillige Härten erspart. FDP-Finanzminister Weyer wollte anfangs dazu seine Zustimmung nicht geben. Im Interesse der Vertriebenen in NRW wäre eine schnellere Verabschiedung erforderlich gewesen.

Die von der Regierung Arnold zugunsten der Vertriebenen und Flüchtlinge getroffenen Siedlungsmaßnahmen setzte die Regierung Steinhoff nicht in vollem Umfange fort! Nach der Statistik der Landessiedlungsämter wurden im Jahre 1957 an Vollbauernstellen 97 weniger ausgelegt als im Jahre 1956.

Bauern erhalten Eigenheime, aber keine Siedlung. Für die eigentliche bäuerliche Siedlung, für die Errichtung neuer Bauernstellen, für vertriebene und geflüchtete Bauern und Bauernsöhne fehlen jegliche Mittel. Im Jahre 1957 wurden von der SPD/FDP-Regierung zum erstenmal unzulängliche Landesmittel für die ländliche Siedlung in den Etat gesetzt.

Es hat sich so herausgestellt, daß weder die SPD noch die FDP echte Freunde der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sind. Die Forderungen des BHE wurden von der CDU längst übernommen und während der Regierungszeit der CDU in NRW verwirklicht. **Die CDU setzt sich für eine baldmögliche Wiedervereinigung der Sowjetzone mit der Bundesrepublik in Frieden und Freiheit ein.**

Die CDU tritt im Rahmen eines kommenden Friedensvertrages für die Rückgliederung der besetzten deutschen Ostgebiete ein. Sie lehnt jeden Kuhhandel ab. Sie stellt aber auch nicht vorzeitig unerfüllbare Forderungen auf. Sie verficht den Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Internationalen Verhandlungen wird die endgültige Regelung dieser Fragen vorbehalten sein.

Friedensverträge sind so heilig unter den Menschen, daß sie die Stimme der Natur zu sein scheinen. Sie bestehen alle zu Recht, wenn ihre Bedingungen so sind, daß beide Völker leben können. *Montesquieu*

J
K
L

Gerade im Lande Nordrhein-Westfalen können die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge feststellen, was die CDU für sie getan hat.

Gerade in NRW schaffte die CDU für die Besserung der Lage aller Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge Tatsachen, während andere Parteien und Bünde mit leeren Versprechungen, demagogischen Übertreibungen oder gar mit Interesselosigkeit aufwarteten.

Das Los der Vertriebenen muß verbessert werden. Die Bestimmungen des Lastenausgleichs bedürfen einer Korrektur. Vertriebene und Flüchtlinge sind für die CDU ebenso heimatberechtigt wie die Altbürger in Nordrhein-Westfalen. Das zeigt sich bei allen wirklichen Nöten und bei der mitbürgerlichen und gesellschaftsordnenden Anerkennung.

Wohnungsbau

Der Wohnungsbau ist für die CDU nicht nur eine notwendige wirtschaftliche Maßnahme, sondern vor allem eine gesellschaftspolitische und kulturelle Aufgabe, eine christliche Verpflichtung. Vom Lebens- und Wohnraum der Familie hängt es ab, ob sie als Lebens-, Wirtschafts- und Erziehungsgemeinschaft ihre sozialen, kulturellen und erzieherischen Aufgaben zu erfüllen vermag.

Bundeswohnungsbaumnister Lücke (CDU) sieht im Wohnungsbau ein auch heute noch „vordringliches soziales und menschliches Anliegen". Er betonte dies im März 1958 auf einer Mitgliederversammlung des Gemeindetages Nordrhein in Köln und er mußte in diesem Zusammenhang die sogenannten „Förderungsbestimmungen" der liberalsozialistischen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen einer scharfen Kritik unterziehen.

Halbe Wahrheiten sind in der Weltpolitik die gefährlichsten Lügen. *Theodor Blank*

J
K
L

Denn nach Ansicht der CDU geht es nicht nur um die Beseitigung der Wohnungsnot, es geht noch mehr um die Bildung von Wohn-Eigenheim. Wo es möglich ist, ist die Geborgenheit des Eigenheims für die Familie am segensreichsten.

Gerade die Regierung Arnold hat mit verschiedenen Maßnahmen beim Wohnungsbauprogramm diese Eigentumsbildung in NRW gefördert. Sie dachte dabei an den Personenkreis mit geringem Einkommen und Kinderreiche. Die CDU trat mit Erfolg im Wiederaufbauausschuß für erhöhte Darlehenssätze zugunsten dieses Personenkreises ein.

Im „Parlament" Nr. 45, Seite 3, brüstete sich die Regierung Steinhoff damit, daß sie 70 Millionen DM für die Förderung von Eigenheimen und Kleinsiedlungen zur Verfügung gestellt habe. Die Protokolle beweisen aber, daß dies nur auf Druck der CDU erfolgt ist.

Auch der Bau von Familienheimen für Bergarbeiter ist ein CDU-Anliegen. In diesem Jahre werden nach Mitteilung des Bundeswohnungsministeriums 240 Millionen DM auf die einzelnen Kohlenbergbaubezirke für den Bergarbeiter-Wohnungsbau, zumal im Ruhrgebiet, verteilt.

*

Die christliche Wohnungsbaupolitik ist in Wahrheit sozial. Die sozialistische Wohnungsbaupolitik versagt, weil sie das Familienheim und das Eigenheim als zweitrangige Aufgabe betrachtet.

Die CDU tritt dazu für eine stärkere Förderung des Wohnungsbaus auf dem Lande ein.

Für Heimatrecht und Bürgerruh'!
CDU!

J
K
L

J. Arbeitsschutz und Gesundheitswesen

I. Altersheime
II. Gesundheitswesen
III. Krankenhäuser
IV. Sonntagsarbeit
V. Sozialgerichte
VI. Versorgung für Bergleute
VII. Zivilblinde

Altersheime

Es ist ein selbstverständliches Ziel der CDU-Politik, den alten alleinstehenden und pflegebedürftigen Mitbürgern zu helfen. Die Regierung Arnold hat in NRW die freie Liebestätigkeit der Wohlfahrtsorganisationen tatkräftig gefördert und die Verbände, die sich der Betreuung und Fürsorge widmen, erheblich mit Rat und Tat und Geldmitteln entlastet.

Gerade gegenüber den freien gemeinnützigen Altersheimen zeigte die CDU-Regierung in NRW ein tiefes Verständnis. Deshalb stellte sie beträchtliche Landesmittel zum Wiederaufbau und Umbau von Altersheimen gerne bereit. Betreuung im Feierabend des Lebens ist die Pflicht eines christlichen Staatswesens. Es gibt Altersschwache, die keine Wohnung, sondern ein Heim brauchen, in dem sie betreut und, wenn nötig, gepflegt werden.

Heute ist der Bedarf an Altersheimen in NRW noch keineswegs gedeckt. Trotzdem schmälerten die SPD und FDP in den Haushaltsplänen Nordrhein-Westfalens für 1957 und 1958 die Landesmittel für den Ausbau und die Inneneinrichtungen der Altersheime um 100 000 DM.

Der derzeitige FDP-Finanzminister Weyer sieht das Problem der Altersheime unter einem anderen Gesichtswinkel. Er glaubt, den alten Leuten allein damit dienen zu können, daß er „Wohnungen" für sie baue „und keine Altersheime". Weiß er nicht, daß die beste Wohnung für alte alleinstehende Menschen eine Belastung ist, wenn die Betreuung fehlt?

Altershilfe ist eben Ausdruck der freien christlichen Liebestätigkeit. Der Staat hat sie anzuerkennen und zu fördern. Die Einrichtungen vieler Altersheime, möglichst an einem Standort, der noch das Gefühl der Verbundenheit mit der geliebten alten, engeren Heimat vermittelt, dürfen nicht vernachlässigt werden. Sie müssen teilhaben am allgemeinen Wohlstand. Die Sorge für den alten vereinsamten, hilflosen Menschen ist eine gesellschaftliche Verpflichtung jeder Kulturnation. Die CDU wird sich niemals einer solchen Verpflichtung entziehen.

Gesundheitswesen

Die gesundheitlichen Hauptaufgaben werden im Rahmen der Gesamtausgaben des Landes nach wie vor stiefmütterlich behandelt.

Was die Regierung Arnold eingeleitet hatte, setzte die SPD/FDP-Regierung Steinhoff/Weyer nur unzulänglich fort.

Wenn einige Etatposten, für das Auge, erhöht wurden, so geschah das, weil sich die Steuereingänge erhöht hatten.

Nach einer Statistik sterben von 10 000 Müttern während oder nach der Geburt in der Bundesrepublik 15, in Nordrhein-Westfalen 17,5 und in den USA nur 2,7. Das sind alarmierende Zahlen. Sie deuten auf eine unzulängliche Aufklärung vieler Mütter, aber auch auf eine unterlassene vorsorgliche ärztliche Untersuchung und Betreuung hin.

Die CDU fordert deshalb eine stärkere Vorsorge für die werdenden Mütter und einen verschärften Kampf gegen Säuglings- und Frühgeburten-Sterblichkeit. Zudem sollte die Gewerbeaufsicht noch mehr als bisher der Frauenarbeit und dem Mutterschutz ihre Aufmerksamkeit schenken. Die freiwillig durchgeführten Röntgen-Reihenuntersuchungen zur Bekämpfung der Tuberkulose müssen beibehalten werden. Ein Zwang ist nur da zu vertreten, wo ein dringendes öffentliches Interesse vorliegt. Da Vorbeugen besser als Heilen ist, muß die Aufklärung der Bevölkerung energischer gehandhabt werden. Richtschnur muß eine wahrhaft fortschrittliche Gesundheitspolitik sein unter Berücksichtigung und Bildung von Schwerpunkten!

Zumal auf dem Lande müssen die Gesundheitsämter, die in erster Linie für die öffentliche Gesundheitspflege und -fürsorge verantwortlich sind, besser als bisher in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Interesse der Volksgesundheit zu erfüllen.

Gerade in den Industriebezirken Nordrhein-Westfalens sind diese Aufgaben besonders zwingend und vielseitig.

Noch immer gibt es keine ausreichenden gesetzlichen Grundlagen für eine wirksame Staub- und Schmutzbekämpfung. Noch immer

wird zu wenig gegen die Verunreinigung unserer Gewässer getan!

Es müssen Mittel für den Bau moderner Kläranlagen bereitgestellt werden.

Die Dunstglocke über dem Rhein-Ruhrgebiet muß beseitigt werden.

Der Kampf gegen den Lärm, der immer wieder von der nordrhein-westfälischen Presse gefordert wird, muß endlich begonnen werden.

Die SPD/FDP-Regierung in NRW hat einen planvollen Ausbau des Gesundheitswesens in diesem dichtest besiedelten Land verabsäumt.

Die CDU hat ihr Programm wiederholt bekanntgegeben. Sie wird es auch durchführen zum Wohle der Bevölkerung.

Krankenhäuser

Die SPD betrachtet die Krankenhäuser als eine öffentliche Aufgabe der Stadt- und Landkreise und hat zumal in NRW wenig Verständnis für die Existenzberechtigung der privaten Anstalten. Die CDU sieht in der Errichtung von Krankenhäusern vor allem eine Sache der freien Initiative, also der freien Wohlfahrtsverbände; wenn deren Einrichtungen nicht ausreichen, sollen sie von der öffentlichen Hand gefördert werden.

Die FDP schwankt wie so oft in ihrer Haltung auch auf diesem Gebiet.

Die Regierung Arnold erkannte in der Hilfe für freie gemeinnützige Einrichtungen eine wichtige Aufgabe.

SPD-Vertreter ließen sich im Landtag schwerlich davon überzeugen, daß die konfessionellen Krankenhäuser meist ohne laufende Zuschüsse arbeiten müssen, während die kommunalen Anstalten den Gemeindehaushalt durchschnittlich bei 500 Betten mit einer Million DM belasten.

K

L

Erst auf Drängen der CDU wurde vereinbart, daß an den Mitteln für den Bau und die Einrichtung von Krankenhäusern die freien gemeinnützigen Anstalten mit zwei Drittel und die kommunalen mit einem Drittel beteiligt sind.

Die Regierung Steinhoff hat damit geprotzt, sie habe die Mittel für diesen Zweck wesentlich erhöht. Sie vergaß zu sagen, daß die Steuereinnahmen des Landes in den beiden letzten Jahren beträchtlich gestiegen sind. Sie erwähnte auch nicht die etlichen Millionen DM, die aus Darlehen zurückgeflossen sind und zur Wiederverwendung eingesetzt werden können.

Zumal in der Frage sozialer Einrichtungen schmückt sich die SPD gern mit fremden Federn. Aber gerade auf dem Gebiete der Unterstützung einer freien Liebestätigkeit kann sie der CDU die bleibenden Verdienste nicht nehmen.

Sonntagsarbeit

Das Problem der möglichsten Freistellung von Sonntagsarbeit und der Wunsch des gesetzlichen Feiertagsschutzes sind ureigenes Anliegen der Christlich-Demokratischen Union.

Ein absolutes Arbeitsverbot am Sonntag ist im Zeitalter der Technik undenkbar. Die Sonntagsheiligung beruht auch heute noch auf göttlichem Gebot. Einflußreiche Kräfte versuchten aber bei fortschreitender Industrialisierung, den Sonntag als Feier- und Ruhetag und als Tag der Besinnung einzuengen. Ein Erfolg der christlich-sozialen Bewegung war im Jahre 1891 die Schaffung eines gesetzlich verankerten Sonntagsschutzes.

In der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen heißt es, daß der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Gottesverehrung, der seelischen Erhebung, der körperlichen Erholung und der Arbeitsruhe anerkannt und gesetzlich geschützt werden.

Für Freiheit, Friede und Familienglück! Für CDU!

K

L

Die Frage der sogenannten „gleitenden Arbeitswoche" ist vielfach nur als ein Teilproblem der Sonntagsarbeit betrachtet worden. Beachtlich sind aber die für die betroffenen Arbeitsgruppen günstigen Auswirkungen im Hinblick auf die Wochenarbeitszeit und die Entlohnung. Die Wochenarbeitszeit wird für diese Arbeitsgruppen von 53 auf 42 Stunden bei vollem Lohnausgleich verringert. Hinzu kommen noch Vorteile der Produktivität sowie solche arbeitsmedizinischer Art. An diesen positiven Auswirkungen bei der Neuordnung der Arbeitszeit in den durchgehenden Arbeits-Betrieben kann man nicht achtlos vorbeigehen.

Aber man übersehe auch nicht die erheblichen, vielleicht entscheidenden Nachteile, die in der Verdrängung des Sonntags aus seiner Stellung als Tag der Ruhe und Besinnung auf die menschlichen Lebenswerte bestehen. Der Sonntag verliert seinen den Rhythmus der Woche bestimmenden Charakter. Der Sonntag wird schließlich wie jeder andere Tag, ein Werktag, ein Alltag.

Aber es ist nun einmal so: technische Notwendigkeiten im Produktionsprozeß, zumal bei Arbeiten an Hochöfen, Kokereien, in der Energieversorgung und in den Stahlwerken, machen die Arbeit am Sonntag unvermeidlich und notwendig. Es sollten jedoch Regelungen gesucht werden, die dem Sonntag seine Stellung belassen und den betroffenen Arbeitsgruppen — im Vergleich zu den bisherigen Verhältnissen — eine Verbesserung bringen. Das Ausland zeigt, daß solche Verbesserungen möglich sind. Bei einem Vier-Schichten-Ablauf lassen sich die Übergänge zu einer anderen Schicht möglichst in das Wochenende verlegen. Sie sollten aber nur dort angewendet werden, wo eine längere Unterbrechung des Arbeitsablaufs Schäden im organisatorisch-technischen Betrieb nach sich ziehen würden.

Mißbrauch der Freizeit ist Mißbrauch der Freiheit. Freiheit und Freizeit beglücken, wenn sie zu Höherem verpflichten.

Der Einwand, zur Erzielung einer größeren Produktivität müsse die Produktionsarbeit über den Sonntag fortgeführt werden, kann nicht immer gelten. Man darf nicht den Sonntag, nur um die vorhandenen Betriebsanlagen besser und produktiver ausnutzen zu können, zum Werktag stempeln.

In vielen Fällen sollten Ausnahmegenehmigungen versagt bleiben. Nur wenn die allgemeine Versorgung gefährdet ist oder wenn Schäden an den Produktionsmitteln verhütet werden müssen, seien Ausnahmen gestattet. Der Sonntag muß Sonntag bleiben. In dieser Überzeugung trifft sich wiederum die Union mit der Forderung der Kirchen.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung ist nicht weniger aktuell. Sie ist aber nicht nur im Hinblick auf einen störungsfreien Fortgang eines konkurrenzfähigen Wirtschaftsablaufes zu betrachten, sie ist mit der Frage nach Art der Gestaltung einer sich daraus ergebenden größeren Freizeit verbunden.

Ein holländischer Sozialist erklärte unlängst, die materiellen Ziele der Sozialisten-Parteien seien im wesentlichen erreicht, das echte soziale Problem von heute sei der hohe Lebensstandard.

Es ist die Frage, wie nutzt der Mensch die Arbeitszeitverkürzung und die Freizeitverlängerung zum eigenen und zum Wohle seiner Familie aus! Die menschlichen, die inneren Werte des Lebens außerhalb des Betriebes sollten dem Menschen nun noch mehr bewußt werden. Es geht nicht nur um materielle Annehmlichkeiten und Reiserummel, sondern um individuelle und seelische Belange. Der Sozialismus, zumal in seiner letzen Konsequenz der Kommunismus, unterschätzt und übersieht diese inneren Werte.

Die CDU vertritt die Ansicht, daß der Sonntag und die Freizeit vor allem dem Heim, der Familie und der Entwicklung zu freien Persönlichkeiten dienen müssen. Gerade im nordrhein-westfälischen schwerarbeitenden Industrieland haben Sonntagsruhe und Arbeitszeitverkürzung eine über die bloße Unterhaltung hinausgehende Bedeutung und Verpflichtung.

Sozialgerichte

Die CDU-Landtagsfraktion in NRW hat wiederholt, zuletzt im September 1956, den Antrag gestellt, fünf neue selbständige Sozialgerichte im Lande zu errichten. Ende Januar 1957 richtete die CDU die Frage an die SPD/FDP-Regierung, wann endlich mit der Errichtung der auch von der Mehrheit des Landtages geforderten neuen Gerichte gerechnet werden könne.

Es wurden verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht. Inzwischen hatte der Bundesrat zu einem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Sozialgerichtsbarkeit Stellung genommen und ihn an den Bundestag zurückgeleitet. Obwohl ihnen der Auftrag des Landtages bekannt war, hatten die Vertreter des Landes NRW im Bundesrat keine entsprechenden Einwendungen zu dem Gesetz erhoben.

Es geschah auch fürderhin von den Seiten der SPD/FDP-Landesregierung in NRW nichts, um eine baldige Einrichtung der auf Antrag der CDU vom Landtag beschlossenen Sozialgerichte sicherzustellen. Dabei weiß jedermann, wie stark die bestehenden nordrhein-westfälischen Sozialgerichte überlastet sind. Gerade die Minderbemittelten, die noch um ihr Brot und ihr Recht ringen müssen, haben oft monatelang zu warten, bis ihr Fall behandelt werden kann.

Es ist zu erwarten, daß das betreffende Bundesgesetz im Herbst dieses Jahres verabschiedet werden kann.

Die derzeitige Landesregierung muß sich aber den Vorwurf gefallen lassen, daß sie auch hier saumselig verfuhr und etwaige gesetzliche Möglichkeiten außer acht ließ.

Parlament kommt von „parlare" gleich „sprechen" und nicht von „lamentare" gleich „wehklagen".

K

L

Versorgungsschein für Bergleute

Seit 1954 erfuhr das Gesetz über einen Bergmannsversorgungsschein verschiedene wesentliche Änderungen in NRW, die vornehmlich auf Anträge der CDU zurückzuführen waren.

Ende 1957 wurde vom Landtag ein Bericht des Arbeitsausschusses angenommen, in dem sowohl die Anpassungsvorschläge an das Gesetz zur Neuregelung der Knappschaftsrenten wie auch die Vorschläge des CDU-Abgeordneten Kemper berücksichtigt wurden.

Folgende Verbesserungen wurden daraufhin in das Gesetz eingebaut:

1. Einen B.V.S. (Bergmannsversorgungsschein) können künftig auch Arbeitnehmer im Untertagebau erhalten, wenn sie infolge eines Arbeitsunfalles vermindert bergmännisch berufsfähig werden. Sie erhalten den B.V.S. schon vor der Erfüllung der fünfjährigen Wartezeit.

2. Die Frist für die Stellung eines Antrages auf Gewährung eines B.V.S. ist, bei Beendigung der Tätigkeit unter Tage, von einem auf sechs Monate erweitert worden.

3. Im neuen Beschäftigungsbetrieb werden den B.V.S.-Inhabern bei der Bemessung des Urlaubs und des Tariflohnes nicht nur die im Bergbau verbrachten Beschäftigungsjahre als gleichwertige Berufsjahre angerechnet.

Das Gesetz sieht auch die Gewährung sonstiger Leistungen und Zuwendungen unter Berücksichtigung der Berufsjahre im Bergbau vor.

Ein CDU-Erfolg!

Die russische Politik ist wie ein Eisberg: ein Sechstel sichtbar und gefährlich, fünf Sechstel unsichtbar und noch gefährlicher.

*

Es gibt Katastrophenpolitiker, die der NATO das Recht auf Abwehr absprechen, Moskau aber die mörderischsten Angriffswaffen zubilligen. Können sie es ehrlich meinen mit ihrem Volk und mit der Sicherheit?

K

L

Zivilblinde

Keine Hilfsmaßnahme für körperlich und sozial Bedrängte hat die CDU-Regierung in NRW außer acht gelassen.

Da tauchte eines Tages die Frage eines Pflegegeldes für Zivilblinde auf. Dieses Pflegegeld sollte den Mehrbedarf, den das Fehlen oder die starke Schwächung des Augenlichtes für den betroffenen Menschen verursacht, in etwa decken helfen. (Die Betreuung durch Helfer ist mit Kosten verbunden.)

Schon im Jahre 1951 erließ die Regierung Arnold Richtlinien, nach denen Zivilblinde bestimmte Pflegesätze aus Landesmitteln erhalten, wobei Vollblinde und hochgradig Sehschwache sowie die Einkommensverhältnisse besonders berücksichtigt wurden. Im Laufe des Jahres 1955 wurden die Pflegegeldbeträge den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt. Im Dezember des gleichen Jahres dankte der Westfälische Blindenverein e. V. einem CDU-Landtagsabgeordneten mit den Worten:

„Ohne die tatkräftige Mithilfe der CDU wäre es zu diesem Entschluß nicht gekommen."

Bund und Land — Hand in Hand

*

Für einen Staat, der geachtet dastehen will nach außen, fest und unerschütterlich im Innern, gibt es kein kostbareres Gut zu hüten und zu pflegen als das soziale Rechtsgefühl. Diese Sorge ist eine der höchsten und wichtigsten Aufgaben der politischen Pädagogik. *Jhering*

K

L

K. Schlagwort-Verzeichnis

Aachen, Technische Hochschule	A-1
Abrüstung	A-2,3
Agrarpolitik	D-1
Altersheime	J-1
Arbeitsgerichte	G-2
Arbeitszeit	J-6
Atomare Waffen	A-2
Außenpolitik	A-22
Baracken	A-21, H-1
Beamtenpolitik	B-1
Bekenntnisschule	F-4, F-10
Bergbau, Bergleute	A-15, H-4, J-8
Briefwahl	A-8
Bundesbahn	A-22, E-6
Bundesrat	A-9
Bundestag	A-11
Büroreform	B-7
Christliche Liebestätigkeit	J-1, J-4
DGB	A-17, B-4, F-6
Eingaben-Ausschuß	B-2
Eigenheime	H-3,5
Elektrifizierung (Bundesbahn)	A-22, E-6
Elternrecht	F-4,11
Ernährung	D-1
Finanzausgleich	A-12
Finanzpolitik	C-1
Flüchtlinge	H-2
Föderalismus	A-13
Forschung	F-13
Freizeit	F-2, J-5
Friedensvertrag	H-3
Gemeinschaftsschule	F-11
Gesundheitswesen	J-2
Gewerkschaften	A-17, B-4, F-6
Haushaltspläne	C-2
Heimatvertriebene	H-2

L

IG Metall	A-19
Jugendpflege	A-21
Jugendpolitik	F-1
Jugendschutz	F-1
Justizwesen	G-1
Knappschaftsrenten	J-8
Kohle	A-15
Konjunktur	A-16
Krankenhäuser	J-3
Kreditaktionen	A-21, E-3
Kriminalität	B-3, G-3
Kulturpolitik	F-4
Landesjugendplan	A-21, F-2
Landfrau	D-4, F-1
Landjugend	D-3, F-1
Landwirtschaft	D-1
Lastenausgleich	H-4
Lebenshaltung	A-18
Lebensstandard	A-18, J-6
Lehrerbesoldung	F-6
Lehrerbildung	F-5
Löhne	A-15
Mittelstandspolitik	E-3
Moskau	A-2, A-17, J-8
NATO	A-2,6,14
Notunterkünfte	A-21, H-1
Ostwestfalenplan	E-5
ÖTV	A-16
Personalpolitik	A-21, B-1
Polizei	B-1,3
Preise	A-15
Privatschulen	F-8
Regierungserklärung SPD/FDP	A-21
Regierungssturz NRW	A-22
Rechtsprechung	G-1
Richter	G-2

L

Schulgesetze	F-11
Schulfinanzgesetz	C-1
Siedlungsmaßnahmen	D-2
Sonntagsarbeit	J-4
Sozialerziehung	F-1
Sozialgerichte	G-2, J-7
Schmutz und Schund	G-3
Spätaussiedler	H-2
SPD-Reform	A-3
Sputnik	A-3
Staatsjugend	F-3
Stahlproduktion	A-19
Steuerverbund	C-1
Strafrechtsreform	G-3
Strafvollzug	G-3
Streiks	A-15, A-19
Tabelle „Preise-Löhne"	A-18
Tbc-Pfennig	D-2
Tierärzte	D-3
Toleranz	F-12
Tuberkulose-Bekämpfung	J-2
UNO	A-23
Verkehr	E-6
Vertriebene	H-1
Verwaltungsgerichte	F-12
Verwaltungsreform	A-21, B-6
Volksschullehrer	F-7
Wahlgesetz	A-24
Wasserwirtschaft	D-1
Wegebau	D-3
Wettbewerb	A-15
Wiederaufbau	A-21, H-1, H-4
Wiedervereinigung	H-3
Wirtschaft	A-15, E-1, E-5
Wissenschaftliche Räte	F-13
Wochenverdienste	A-18
Zentrum	A-26
Zivilblinde	J-9
Zuckerpreis	A-15

L. Nachträge und Ergänzungsblätter

Hier werden Nachträge und wichtige Ergänzungsblätter eingelegt. Etwaige aktuelle kritische Gesichtspunkte werden dabei berücksichtigt. Die Lieferung erfolgt von Woche zu Woche.

LENSINGDRUCK / DORTMUND